Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 195. Donnerstag, den 22. August 1907. 18. Jahrgang.

„Stützen des Staates“ und „Hüter der Gerechtigkeit“.

In den Kreisen der organisierten Arbeiter Deutschlands ist es eine alte Klage, die immer lauter erhoben wird, daß es besonders zwei Gruppen von Menschen sind, die der mächtig aufstrebenden Arbeiterbewegung hindernd in den Weg treten, obwohl bei ihnen das materielle Interesse nicht wie bei dem Unternehmertum direkt in Frage kommt. Es sind dies die Juristen und die Verwaltungsbeamten. Erstere, die sich gern als „Hüter der Gerechtigkeit“ bezeichnen, steuern das Schifflein der Rechtspflege immer mehr in ein Fahrwasser hinein, in dessen Strudeln die vielgerühmte „Unparteilichkeit des deutschen Richterstandes“ untersinkt, während die Klippen einer beklagenswerten Klassenjustiz stets drohender hervorragen. Letztere, die sich gern als „Stützen des Staates“ bezeichnen, finden ihre Hauptaufgabe darin, den um ihre Existenz kämpfenden Arbeitern durch Schikanierung der Organisationen und Einengung des Koalitionsrechts das Leben möglichst sauer zu machen. Juristerei und Verwaltungsapparat lasten schwer auf den Schultern der deutschen Arbeiter-Bewegung.

Da dürfte es denn für unsere Leser von Interesse sein, sich einmal die Leute anzusehen, die die Wage der Gerechtigkeit in Händen halten resp. die Staatsmaschinerie in Gang setzen. Daß die heutige Vorbildung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst nichts taugt, wie sich der Oberlandesgerichtspräsident Hamm ausdrückt, ist allgemein bekannt, und da darf es uns nicht wundern, wenn die Regierung den Versuch macht, diese Vorbildung neu zu regeln. Sie hat einige dahingehende Vorschläge gemacht, die nah dem Rezepte schmecken: „Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß!“ Und es wird deshalb alles beim alten bleiben. Diese Auffassung wird unterstützt durch eine Aeußerung des Berliner Universitätsprofessors Dr. Schmoller, die er im Herrenhause getan hat. Im Landtage hatte der preußische Minister des Innern die „Erziehung“ der Studenten durch die Korps begeistert gelobt. In den Korps wird die echt preußische Schneidigkeit gepflegt und das ist ja die Hauptsache; das Studieren ist Nebensache. Auch wuchert unter den Korpsstudenten, die meistens den feudalen Junkerfamilien entstammen, der Standesdünkel und Kastengeist in geradezu widerlicher Weise. Als Folge davon macht sich denn auch die Vetternwirtschaft und Protektion in den Kreisen der früheren Korpsstudenten breit. Und die Regierung schließt beide Augen, um diese Korruption nicht sehen zu müssen. Da muß es den Herren von der Regierung denn sehr unangenehm gewesen sein, als ein Fachmann vom Range und der Autorität Schmollers folgendes ausführte:

„Der Hauptschaden an unserer gegenwärtigen akademischen Erziehung, ob Jurist oder Verwaltungsbeamter, der Hauptschaden, der in dem gegenwärtigen Betriebe des Universitätsstudiums und des ersten Examen liegt, wird durch diesen Gesetzentwurf nicht verringert werden. Auch heute bleibt die Hauptursache des Schadens, daß weite Kreise der Studierenden der Rechte und der Staatswissenschaften ein, auch zwei Jahre nur bummeln und im dritten Jahre ihren Unterricht nicht durch die Wissenschaft, sondern handwerksmäßig durch den Einpauker bekommen. Ich füge gleich hinzu, dieser Uebelstand wird dadurch gesteigert, daß auch für das zweite höhere Examen — der Juristen oder Verwaltungsbeamten — der Einpauker wieder die Hauptsache tun soll und tut. Das ist der Grundübelstand, und wenn der nicht beseitigt wird, so hat alles wenig Zweck. Wenn ich die großen Schäden bedenke, die eine 1½- bis zweijährige reine Bummelei auf der Universität hervorruft, sollte ich meinen, es wäre nicht so schwer, doch ernstlich in dieser Beziehung zu bessern. **Es gibt keinen anderen Stand der Welt, der verlangt, daß er zwei Jahre faulenzen und bummeln kann.**“

Neuerdings hat ein Mitglied des Juristenstandes selbst sich zu dem Thema von der Vorbildung seiner Berufsgenossen geäußert, und zwar ist dies geschehen in der ältesten und angesehensten konservativen Wochenschrift „Der Grenzbote“, wodurch seine Worte ein um so größeres Gewicht bekommen. Der Verfasser stellt es zunächst als unbestreitbar hin,

„**daß sich in immer steigendem Maße ein Gefühl der Unbehaglichkeit und Unzufriedenheit in Bezug auf unsere Rechtspflege und Verwaltung Bahn gebrochen und überhand genommen hat,** und zwar keineswegs nur in den Kreisen der grundsätzlichen Opposition, sondern auch in den Kreisen der Eingeweihten, in denen man nur mühsam die schwere Sorge verbergen kann. Namentlich in den letzten Jahren haben die deutsche Rechtspflege und ihre berufenen Träger im Parlament und Presse, in öffentlichen Reden und in heimlichem Murren mancherlei Vorwürfe und tadelnde Urteile anhören müssen und haben ihnen nichts anderes entgegenzusetzen gewußt, **als etliche phrasenhafte Zurückweisungen,** die um so inhaltsärmer waren, je hochtrabender sie klangen, und um so weniger überzeugten, je höher die Stelle war, von der sie ausgingen. Auch die Regierung scheint Rechtspflege und Verwaltung nicht auf der Höhe zu finden, auf der sie stehen sollten, und man will nunmehr feststellen suchen, **ob die Schuld an dem mangelhaften Funktionieren des ganzen Apparates mehr dessen Fehlerhaftigkeit zuzuschreiben ist, oder der Ungeeignetheit der Personen, denen die Handhabung dieses Apparates anvertraut ist.**“

Der Verfasser will einen Beitrag zur Klärung der tatsächlichen Verhältnisse liefern und zunächst die Frage beantworten: Wer widmet sich heutzutage der juristischen Laufbahn?

Derjenige, so antwortet der Fachmann, wird Jurist, der für kein anderes Studium Interesse hat und wohlhabend genug ist, lange Jahre hindurch ohne genügenden eigenen Verdienst leben zu können. Während ein angehender Student, der sich dem Berufe eines Arztes, eines Lehrers, eines Technikers, eines Geistlichen 2c. widmen will, wenigstens eine blasse Ahnung hat von der wissenschaftlichen Bedeutung des Studiums, das er ergreifen will, fehlt dies dem angehenden Juristen fast völlig. Denn woher sollte er eine Vorstellung haben von der Tätigkeit eines Richters oder eines Verwaltungsbeamten, da er — zu seinem Glücke! — noch niemals mit Gerichten oder Behörden zu tun gehabt hat? Das Einzige, was einen Jüngling zum Studium der Jurisprudenz verlocken kann, ist die Aussicht auf die Stellung, die er als Jurist im späteren Leben einnehmen wird, also nicht das innere Interesse, sondern das nackte Strebertum. „Das sind die Streber vom reinsten Wasser“, sagt unser Gewährsmann, „die Leute, die es nach Glanz und Macht gelüstet und denen die Laufbahn des Juristen der geeignetste Weg zur Erreichung dieses Zieles zu sein scheint. Es ist sehr bitter, es aussprechen zu müssen, aber es ist leider wahr, **daß man in keinem Berufe, der akademische Vorbildung verlangt, selbst nicht bei den Theologen, so viele Leute trifft, die jedes höheren geistigen Interesses und sogar des Interesses für ihre eigene Berufstätigkeit so vollständig ermangeln, wie bei den Juristen.**“

Es sind also, kurz gesagt, Leute, die in der Wahl ihrer Eltern sehr vorsichtig gewesen sind und die es zu einer angesehenen Stellung im Leben bringen wollen. Daher erklärt sich auch die Minderwertigkeit des Menschenmaterials, das sich dazu berufen erachtet, die Staatsmaschinerie im Gange zu halten und der Göttin der Gerechtigkeit zu dienen.

„Ueber die Art und Weise, wie die meisten Juristen ihr Studium betreiben“, so fährt der Verfasser fort, „ist schon so oft und von so berufener Seite geklagt worden, daß ich es mir versagen darf, im einzelnen darauf einzugehen. Aus eigener mannigfacher Beobachtung kann ich bestätigen, daß die Schilderungen, wie sie z. B. der verstorbene Staatsminister von Bosse wiederholt als Grundlage ernster Mahnungen hat in die Oeffentlichkeit gelangen lassen, durchaus der Wirklichkeit entsprechen. **Es ist eine Tatsache, daß durchschnittlich in keiner Fakultät so wenig studiert wird und auch zur Erreichung des äußeren Studienzwecks so wenig studiert zu werden braucht, wie in der juristischen.**

„Es ist ferner eine Tatsache, daß Leute, die vier Halbjahre glatt verbummelt haben, nachdem sie sich ein Jahr hindurch etwas einpauken lassen, in das Referendarexamen steigen und es ganz gut bestehen und es ist endlich eine Tatsache, daß die Mehrzahl der in den letzten 20 Jahren ins Amt getretenen Juristen nicht viel mehr als diese eben geschilderte Vorbildung genossen hat.“

Es genügt augenscheinlich diesen zukünftigen Hütern der Gerechtigkeit und Lenkern des Staates, den flotten Bruder Studio zu spielen, einem noblen Korps beizutreten, sich ein paar Brocken einpauken zu lassen und das übrige dem Schicksal anheimzugeben. Kann es da wunder nehmen, wenn ein Jurist oder Verwaltungsbeamter mit solch mangelhafter Vorbildung zeitlebens ein Stümper bleibt? Er wird natürlich mit der Zeit dahin gelangen, wenn er nicht allzu plump ist, sich einige mechanische Fertigkeiten anzueignen, aber er wird nie begreifen lernen, wo in Wahrheit den deutschen Bürger der Schuh drückt; er wird mit der Zeit allerlei spitzfindige pikante Brühen anzurichten lernen, aber das Volk, das die ihm eingebrockte Suppe auslöffeln muß, wird seufzen über die Sudelküche, die ihm solche Gerichte vorsetzt, anstatt seinem Rechtsgefühl nahrhafte Kost zu bieten.

„Ich will darauf verzichten“, schließt unser Gewährsmann, „auch nur in flüchtigen Umrissen die unendlich vielen Mißgriffe, Fehlentscheidungen und Uebelstände zu schildern, die seit Jahren die Aufmerksamkeit der Denkenden und Sorgenden in immer steigendem Maße auf sich gelenkt haben. Der Kenner der Verhältnisse weiß ja, daß jeder etwa in der Oeffentlichkeit bekannt gewordene Mißgriff eine Unzahl von Geschwistern hat, die genau denselben Tadel verdienen und vielleicht an der Volksseele noch mehr Schaden anrichten, als die berühmt gewordenen Fälle.“

Statt einer weiteren Betrachtung schildert uns der Ver-

Die Sphinx in Trauer.

Roman von Max Kretzer.

20] (Nachdruck verboten.)

Ich verstand zwar sein Verhalten immer noch nicht, aber ich nickte zustimmend. Dann wollte ich ihm noch einen kleinen Schrecken einjagen, und so sagte ich lächelnd: „Ich weiß alles, ich habe Ihre ganze Diagnose gehört.“

Er wurde rot wie ein junges Mädchen. „Gehört, Sie haben gehört?“ Er stammelte jetzt nur noch vor Verlegenheit.

Ich nickte. „Gern hätte ich Ihnen Ratschläge erteilt, aber es ging beim besten Willen nicht. Na, vielleicht das nächste Mal. Adieu.“

Er sagte nichts mehr, aber ich merkte ihm an, wie viel ihm daran liege, meinem Blicke zu entgehen. So entließ ich ihn denn mit einem freundlichen Händedruck.

Ich war zufrieden mit mir, denn ich hatte diesem braven Menschen, der vielleicht mehr Arzt geworden war aus Neigung seiner Eltern als seiner eigenen, einen glücklichen Tag bereitet. Er würde gewiß nicht zum zweiten Male so leichtsinnig verfahren, wie er mir den Beweis gegeben hatte. Vielleicht gebührte mir später das Verdienst, einen tüchtigen Arzt aus ihm gemacht zu haben, der noch Wunderkuren verrichtete.

Schließlich aber wollte ich gerecht denken, und so bemühte ich mich, einen Teil seiner Entschuldigungsgründe gelten zu lassen.

Als ich diese Meinung gleich darauf meiner Frau unterbreitete stieß sie in ein anderes Horn. „Ein Arzt soll sich doch eigentlich durch nichts beeinflussen lassen. Ich hätte ihm das ganz gehörig gesagt.“

Ich wendete ein, daß sie mir vorhin eine ganz andere Rücksicht nahe gelegt habe. Darauf schwieg sie und ließ mich weiterreden. Es machte mir ein gewisses Vergnügen, sie zu irgend einer Unbesonnenheit herauszufordern, und so sagte ich mit einem Stich ins Spöttische: „Das kommt davon, wenn man sich zu frühzeitig Witwe fühlt.“

„Pfui“!“ Mit diesem Ausruf warf sie die Tür hinter sich zu. Bewegt blieb ich stehen. Es war das erste Mal seit Jahren, daß sie auf solche Art meine Nähe mied. War das Schmerz oder Berechnung? Einige Augenblicke war ich schwankend, dann aber trieb mich ein Gemisch von Mitleid und Neugierde hinter ihr her.

Sie stand im Musikzimmer und weinte. Mir schien es wenigstens so, denn ihre Hand fuhr über die Augen, als ich eintrat. Als sie aber kein Wort sagte, sich vielmehr abwandte war's vorbei mit meiner schwachen Regung. Es fiel mir ein, am Sonntag hier einen starken Parfümgeruch wahrgenommen zu haben, und so sagte ich kalt: „Es riecht ja hier nach Heliotrop. Wer war denn hier? Auch im Schlafzimmer roch ich es schon.“ Ich verspürte eigentlich nichts davon, aber ich wollte doch sehen, wie sie sich benehmen würde.

„O, bitte sehr“. Sie zog ihr Taschentuch hervor und tat es mir entgegenschwenken. „Der Duft stammt von mir.“

Und jetzt nahm ich wirklich den schwachen Geruch von Heliotrop wahr.

„Seit wann gießt Du Dir denn das an?“ fragte ich.

„Schon immer. Das mußt Du doch wissen.“

Ich hätte beschwören mögen, daß ich kein anderes Parfüm als Parmaveilchen im Hause habe, das sie stets bevorzugte und das ich ihr wiederholt zum Geschenk gemacht hatte. Ihre Bestimmtheit aber schüchterte mich ein, so daß ich kleinlaut erwiderte: „Die Tatsache liegt allerdings im Augenblicke vor. Soviel ich aber weiß, hattest Du nie Heliotrop.“

Wortlos verschwand sie und kehrte gleich darauf mit einem Fläschchen zurück, das sie mir unter die Nase hielt. „Riech mal, was ist das? Heliotrop oder nicht? Ich kann mir doch auch mal etwas anderes kaufen.“

„Bis jetzt war es Dir immer eine Freude, wenn ich Dir das mitbrachte“, stieß ich abweisend hervor. Der Gedanke peinigte mich, sie könnte sich auf diese Ueberrumpelung vorbereitet und als schlaue Ehestochter das Parfüm nachträglich gekauft haben. Oder vielleicht war es ein Geschenk von ihrem Liebhaber, der es ihr am Sonntag mitgebracht hatte und dessen Taschentuch sie gleich damit getränkt hatte.

„Mein Gott, nun habe ich mir selbst ein Fläschchen gekauft. Das ist doch nicht so schlimm.“

Ihre Schmeichelmiene rührte mich heute nicht. Ich entging ihrer Armbewegung durch einen Ruck und kehrte ihr den Rücken zu. All' die unbegreiflichen Dinge stürmten auf mich ein, die ein häßlicher Verdacht in der Brust eines Mannes rege macht, deren er sich ganz erwehren möchte, die ihn aber mit unheimlicher Angst beherrschen.

„Hättest es mir doch sagen können, wir hatten doch nie Geheimnisse vor einander ... selbst in Kleinigkeiten nicht.“ stieß ich hervor.

„Aber Männe, ich weiß gar nicht, was Dir ist.“

„Nenn mich nicht mehr Männe!“ schrie ich sie an, so daß sie von mir zurückwich. Diesmal schlug ich die Tür hinter mir zu, so daß es laut dröhnte.

Ich ging fort, ohne ihr Adieu zu sagen. Eine Kluft hatte sich zwischen uns aufgetan, deren Tiefe wir empfanden, ohne es uns einzugestehen.

Beim Mittagessen war ich wortkarg, und sie schwieg sich ebenso aus. Es wurde nur über die nötigsten Dinge gesprochen. Sophie aß mit am Tisch. Sie war schon Ende der Zwanziger, hatte sich noch leidlich gehalten und trauerte andauernd über einen toten Bräutigam, dessen Verlobte sie mit zwanzig Jahren geworden war. Sie verstand allerlei nützliche Handarbeiten, konnte ausgezeichnet plätten und las mit Vorliebe Romane in den Zeitungen, die sie sich sauber ausschnitt und zu Büchern zusammenheftete und klebte, so daß sich in ihrer Kammer bereits eine kleine Bibliothek dieser billig erworbenen Schätze zusammengefunden hatte.

Da sie von besserer Herkunft war und sich gut zu benehmen verstand, so betrachtete sie meine Frau mehr als eine Art Haushaltungsstütze, der sie ein gewisses Vertrauen schenken dürfe. Lina hatte für sie die schöne Bezeichnung „Jerqueschtes Fräulein“ erfunden, womit sie die Zwitterstellung zwischen Dienstboten und Salonpersonal bezeichnen wollte. Mir behagte manchmal dieses geistige Band zwischen Hausfrau und Dienerin nicht, da aber Sophies Auftreten stets in den Grenzen der Bescheidenheit blieb, und meine Frau mehr als einmal erklärte, sich nicht leicht von ihr trennen zu wollen, so wurde es mir schließlich schwer, diese häusliche Harmonie zu stören.

Auffallend war mir, daß sie gar keine Notiz von unserm Schweigen nahm. Sie schien unser Verhalten ganz begreiflich zu finden. Wenn sie mit Hans sprach, der zu ihrer Rechten saß, und dem sie die guten Manieren beim Essen beizubringen hatte, so geschah es gedämpft, als befürchtete sie, störend zu wirken. Sie empfand die schwüle Stimmung mit, gleichsam, als wüßte sie die tiefere Ursache.

Als ich ihr Vogelgesicht betrachtete und sah, wie sie den Blick gesenkt auf den Teller hielt, und wie dann die beweglichen, runden Aeuglein immer an uns vorbei über die Tafel glitten, kam mir der Gedanke, sie könne Mitwisserin des Geheimnisses meiner Frau sein. Der Appetit verging mir, und so erhob ich mich vorzeitig mit der Ausrede, daß ich zu viel gefrühstückt hätte. Trotzdem gab ich meiner Frau und dem Jungen die Hand, wie es nach der Mahlzeit bei uns immer üblich war. Hans erhob sich und machte seinen Kopfnicker. Irma blickte mich freundlich an und drückte meine Fingerspitzen, die ich ihr nur gereicht hatte.

Nach dem Mittagschläfchen holte ich mir den Jungen herein. „Nun, was hast Du denn am Sonntag getan, als ich während der Zeit im Himmel war?“ scherzte ich.

„Ach, Du warst ja gar nicht im Himmel“, erwiderte er und begann sofort einen Spaziergang auf meinen Knieen.

Dagegen war nichts einzuwenden. Ich mußte die Sache vorsichtig anstellen, um nicht in die Rolle des Aushorchers zu verfallen. Zwei Türen weiter saß seine Mutter, die ihn jedenfalls mit der Frage in Empfang nehmen würde, was der Vater von ihm gewünscht habe. Ich wollte ihn zum Plaudern bringen, so daß er mir unaufgefordert Dinge angeführt hätte, die mich auf die richtige Spur geführt haben würden. Es stand bei mir fest, daß die Flucht des Unbekannten in die Nebenräume stattgefunden haben müsse, als Dr. Klungel aufgetaucht war.

(Fortsetzung folgt.)

fasser mit gutem Humor einige charakteristische Typen aus dem Juristenstande.

„Da ist zunächst der Herr Staatsanwalt, ein Beruf, der den Strebern ganz besonders günstige Aussichten bietet. Sein dienstliches wie außerdienstliches Auftreten ist im höchsten Grade schneidig. Daß er jederzeit der Ansicht seines Vorgesetzten ist, die er vorzüglich zu erraten weiß, ist selbstverständlich. Die Menschheit zerfällt für ihn in zwei große Gruppen: die „tadellose" Minorität, zu der in erster Reihe er selbst und seine sämtlichen Spezialkollegen, dann der Hof, die Minister und andere sehr hohe Beamten, ferner das Offizierkorps und endlich die Angehörigen der Polizei vom Präsidenten bis zum Nachtwächter gehören — und die andere, die große Menge der samt und sonders Verdächtigen, unter denen die nachweisbar Schuldigen aufzuführen seine besondere Pflicht ist. **An der Schuld eines von ihm in den Anklagezustand Versetzten zweifeln, erscheint ihm als ein Verbrechen am Heiligsten.** Sein Stolz ist die hohe Jahresziffer seiner Journalnummern und die große Zahl von Jahren Zuchthaus und Gefängnis, die er bei jeder Schwurgerichtsperiode durchdrückt. Den Beinamen „Der Blutige", den ihm seine Richterkollegen bisweilen am Biertisch zu kosten geben, weist er mit vornehmer Ruhe, aber innerlich gehoben, von sich. Verlassen wir ihn: der Oberstaatsanwalt oder Landgerichtspräsident ist ihm sicher, vielleicht wird er noch Staatssekretär. Sodann der Herr Richter! Zunächst wird er Amtsrichter, wenn auch nicht, wie er gehofft hatte, in der großen Stadt, sondern irgendwo in der Provinz. Nun kommt es darauf an, was unser Freund für Neigungen hat, wenn er überhaupt welche hat. Die Neigung zur Berufsarbeit fehlt ihm ja von vornherein, aber man richtet sich eben ein. Wozu hat man denn einen alten, erfahrenen Gerichtssekretär, der den „ganzen Krempel" ja viel besser kennt und es gern hört, wenn man ihn „Herr Rat" nennt, ihm möglichst freie Hand läßt und ihm bisweilen eine Zigarre anbietet. Urteile fällt man nicht gern, wegen der Begründung, die man dabei schriftlich festlegen und so eventuell dem kritischen Blick der nächst höheren Instanz aussetzen muß; aber wozu ist denn die köstliche Einrichtung des Vergleichs in der Zivilprozeßordnung vorgesehen? Man redet eben den Parteien so lange zu, bis sie „zur Vernunft" kommen; durch öftere Vertagungen macht man sie mürbe, so daß sie sich endlich vergleichen. In Schöffensachen ist die Urteilsfällung zwar nicht zu umgehen, indeß — wozu hat man denn den Amtsanwalt, an dessen Antrag man sich halten, und die beiden Schöffen, von denen man sich überstimmen lassen kann? Aber wenn die lästigen Amtsgeschäfte in möglichst kurzer Zeit erledigt sind, dann winkt dem Braven für den Rest des Tages die goldene Freiheit. Herz, was liebst du? **Den Frühschoppen oder die Jagd, den Skat oder die Rosenzucht, das Sofa oder die Musik?** Oder dichtest du gar? Vielleicht bringt die Zukunft eine Versetzung mit sich, vielleicht gar in eine große Stadt. Was man da erst alles treiben kann? Schwärmst du für Kolonien? Hier winkt dir der Vorsitz im Kolonialverein. Liebst du Musik? Dem Streichquartett deiner Kollegen fehlt gerade noch der Cellist. Begeisterst du dich für Sprachreinigung? Deine Untersuchungsgefangenen können ruhig ein paar Wochen länger sitzen, schreibe du nur dein Fremdwörterbüchlein. Liebst du Geselligkeit? Soeben hat der Kasinovorstand sein Amt niedergelegt, die Reihe ist an dir. Auf, betätige dich! Aber wenn du zu nichts Lust hast, so bleibe zu Hause, ganz wie du willst; **dein Amt läuft dir nicht weg, du bist ja unabsetzbar!**"

Wenn solchergestalt über das Elend unserer Juristerei von sachkundiger Seite geurteilt wird, da ist es erklärlich, daß in die weitesten Schichten des Volkes die Ueberzeugung dringt von der Notwendigkeit einer Umgestaltung des Justiz- und Verwaltungswesens. Eine gründliche Reform an Haupt und Gliedern wird immer unabweisbarer. Es darf auf die Dauer nicht mehr geduldet werden, daß unsere Rechtspflege und unser Verwaltungswesen Leuten anvertraut wird, die weder Sachkenntnis noch Berufsfreudigkeit genug besitzen, um ihren Posten genügend ausfüllen zu können. Leute, die auf den Krücken der Protektion ins Amt humpeln und sich nur deshalb darin halten können, weil sie unabsetzbar sind, passen nicht zu solch wichtigen Funktionen, wie es Rechtspflege und Verwaltung nun einmal sind.

Politische Uebersicht.

Die internationale Regelung der Zuckerfrage.

Uns wird geschrieben:

Die gewaltige Ausdehnung der Rübenzuckerproduktion bewirkte eine Steigerung der Ausfuhr in das Ungemessene und rief einen förmlichen Exportprämien-Wettlauf der beteiligten Länder hervor, um auf dem Weltmarkt siegreich gegen die Konkurrenz zu bestehen. Die Folge war eine Verteuerung des Zuckers im Inlande und eine schwere Belastung des Staatshaushalts, die selbst den agrarischen Regierungen unerträglich wurde. Diesem verderblichen Zustande wurde durch die Brüsseler Zuckerkonvention vom März 1902 ein Ende bereitet. Die wichtigste Bestimmung der Brüsseler Vereinbarung, die vertragsmäßig bis zum 1. September 1908 Geltung hat, bestand darin, daß die vertragschließenden Staaten sich verpflichteten, Zucker, der aus Ländern stammt, welche für die Erzeugung oder die Ausfuhr Prämien bewilligen, bei der Einfuhr in ihr Gebiet mit einem besonderen Zolle zu belegen. Die Staaten hatten auch das Recht, die prämiierten Zucker zu verbieten. Die Wirkungen dieser Konvention, der Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich und Ungarn, Belgien, Italien, Schweiz, Luxemburg, Schweden, die Niederlande und Peru angehören, haben zur Beseitigung des verwerflichen Prämiensystems geführt und allgemein befriedigt. Um so größere Beunruhigung rief die Meldung hervor, daß England von der Konvention zurückzutreten beabsichtige, denn damit wäre die Konvention gesprengt gewesen. Seit dem 25. Juli tagten in Brüssel Vertreter der an der Konvention beteiligten Länder, um über die Erneuerung des Vertrages zu verhandeln. Bald zeigte sich, daß England durch die Androhung einer Kündigung nur Sonder-Vorteile erringen wollte, weil es sich bewußt war, daß die anderen Staaten schon in Rücksicht auf ihre Finanznot nicht wieder zum Prämien-System zurückkehren könnten und deshalb alle nur möglichen Zugeständnisse machen würden. England sieht sich in seinen Erwartungen nicht getäuscht. Die Brüsseler Zuckerkonvention ist mit einem Zusatzabkommen erneuert worden, die englischen Wünsche wurden dabei berücksichtigt. Der Vertrag soll weiter auf die Dauer von fünf Jahren Geltung haben, doch steht es jedem Staat frei, von dem Vertrage vom 1. September 1911 ab nach vorhergehender einjähriger Kündigung zurückzutreten, wenn der Konventionsausschuß durch Mehrheitsbeschluß entschieden hat, daß dem betreffenden Staat durch seine Zugehörigkeit zur Konvention eine erhebliche Benachteiligung entsteht.

England allein erlangt das Recht, Zucker aus Ländern, in denen Prämien bestehen, einzuführen, ohne hierauf Strafzoll legen zu müssen. Für dieses bedeutende Sonderrecht verpflichtet sich England, bei der Ausfuhr von Zucker, der in England raffiniert wird, ein Ursprungs-Attest auszustellen, das bestätigt, daß kein Teil dieses Zuckers aus einem Lande stammt, das für Erzeugung oder Ausfuhr von Zucker Prämien gewährt.

Ist auch nicht zu verkennen, daß der neue Brüsseler Vertrag die Stellung der Länder mit Ausnahme Englands verschlechtert, so ist sein Zustandekommen dennoch zu begrüßen. Die deutsche Zuckerindustrie wäre bei einer Kündigung der Konvention der Gefahr einer schweren Erschütterung ausgesetzt gewesen. Immer und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Zuckerindustrie vor Wiederholung der Gefahr nur durch eine bedeutende Steigerung des Inlandkonsums geschützt werden kann. Der einzige Weg hierzu ist die Beseitigung der Zuckersteuer, die eine schlimme Belastung des werktätigen Volkes ist. Deutschland und einige andere Staaten haben die neue Bestimmung zwar noch nicht unterzeichnet, doch dürfte an der Zustimmung nicht mehr zu zweifeln sein.

Neue See-Ungeheuer.

Ursprünglich wollten die Japaner das größte Kriegsschiff der Welt bauen. Dort hapert es aber mit den Geldmitteln und inzwischen haben die Nordamerikaner einige Kolosse hergestellt, wie sie ihnen für ihren imperialistischen Größenwahn zu genügen schienen. Die Yankees haben große Dinge vor und wollen eine Allerwelts-Flottenpolitik im größten Stile in Szene setzen; sie haben darum einige Schlachtschiffe hergestellt, von denen das Stück schon zehn Millionen Dollars (43 Millionen Mark!!) und mehr kostet. Aber damit sind sie immer noch hinter England zurückgeblieben, das alles daran setzt, sich auf der Höhe zu halten, die ihm seine Ueberlegenheit auf dem Meere sichert. Die englische Heimflotte, die größer ist, als die gesamte deutsche Kriegsflotte und doch nur den vierten Teil der gesamten englischen Flotte bildet, bestand bei ihren jüngsten Uebungen aus lauter nagelneuen Schiffen. Die Hauptsache dabei aber war die „Dreadnought", jenes Riesen-Schlachtschiff, das alle ähnlichen Schiffsbauten weit hinter sich läßt und zurzeit das fürchterlichste Kriegsinstrument der Erde ist. Wie eine brutale und höhnische Drohung gegen die konkurrierende deutsche Flotte fuhr dies Seungetüm bei der letzten englischen Flottenparade auf. Indessen haben sich die deutschen Marineschwärmer noch nicht von dem Eindruck erholt, den die englische Flotten-Demonstration — denn das war sie trotz Onkel Eduards Liebenswürdigkeiten auf sie gemacht hat, und schon kommt aus London die Meldung, daß die „Dreadnought" der englischen Marineverwaltung immer noch nicht groß genug ist. Es soll sofort mit dem Bau dreier neuer Schiffe von diesem Typ begonnen werden und sie sollen sämtlich größer sein, als die „Dreadnought". Wir sind nun so weit, daß es Kriegsschiffe gibt, die etwa ein halbes Hundert Millionen kosten und wir wissen noch gar nicht, ob man dabei stehen bleiben wird.

Der Kulturgeschichtsschreiber macht sich heute lustig über die seinerzeit so berühmte „Faule Grete" oder über die Riesengeschütze, die Mohammed II. zur Belagerung von Konstantinopel gießen ließ. Was wird der spätere Kulturgeschichtsschreiber von der Dreadnought sagen? Ihm wird dieser Wettlauf in den Kriegsschiffbauten, der sich heute ganz geschäftsmäßig abspielt, als eine Raserei erscheinen.

In England versteht man es vortrefflich, den Konkurrenten zu überraschen. Die Kosten für die neuen Riesenschiffe sind im englischen Parlament schon bewilligt worden, ohne daß man im Auslande etwas davon merkte; die Summen sind geschickt in das Flottenbudget eingeschoben worden.

Die nächste Wirkung ist selbstverständlich, daß nun das Deutsche Reich eben solche Schiffe baut. Dem deutschen Philister wurde manchmal bänglich zumute, wenn er hörte, daß ein Schlachtschiff 1. Klasse 20—25 Millionen Mark koste. Solch eine schwimmende Festung kann ja im Kriege in wenigen Minuten vernichtet werden, wie man im russisch-japanischen Kriege mehr als einmal gesehen hat.

Mit den neuen Schiffen à 40 Millionen kommen dann die neuen Steuern! Bier, Schnaps und Tabak werden teurer und schlechter werden! Aber die „patriotische" Sache erfordert, daß der Deutsche bis zur Erschöpfung schlechtes Bier und miserablen Fusel trinkt und schlechte Zigarren raucht, um die ungeheuren Summen aufbringen zu helfen, die die neuen Seekolosse erfordern.

Auch über dieser ganzen Flottenherrlichkeit schwebt eine dunkle Zukunft. Die Kultur wird zur Afterkultur, indem sie die Verwendung der mechanischen Kräfte bis zur Gemeingefährlichkeit übertreibt. Man denke an die Verhandlung der Haager Konferenz über die treibenden Seeminen, deren Verbot so viel Widerspruch fand, weil es Leute gibt, die in diesen gemeingefährlichen Höllenmaschinen immer noch den besten Schutz gegen feindliche Flotten erblicken. Aber werden die kolossalen Kriegsschiffe nicht mit dem nun plötzlich auftretenden Luftschiff in Kampf geraten? Das Luftschiff macht die Festungen zu Lande nun definitiv überflüssig; es wird ohne Zweifel auch auf die Zukunft der schwimmenden Festungen von entscheidendem Einfluß sein.

Sicher aber ist eines: Wenn nun dem deutschen Volke die neuen Steuern aufgepackt sind, wenn das rasende Tempo der Wettrüstung wiederum gesteigert ist, wenn die neuen Schiffe endlich in See stechen können — dann bleibt die Ueberlegenheit der englischen Flotte genau die gleiche wie zuvor, ganz abgesehen von den mit England verbündeten Seemächten.

Jedermann sieht den Abgrund, auf den zugesteuert wird, aber die herrschenden Klassen vermögen auf der abschüssigen Bahn nicht mehr Halt zu machen; es geht unaufhaltsam dem Abgrund zu.

Zum Stuttgarter Kongreß der Arbeiterinternationale.

Vieux jeu. Der auswärtige Krieg ist ihnen (den französischen Sozialisten) nur die Einleitung des inneren Krieges, der gegenseitigen Zerfleischung aller Mitbrüder. Vergleicht mit dieser Konfusion, diesem Anarchismus der französischen Syndikalisten und Sozialisten die einheitliche Haltung der deutschen Sozialdemokratie und die so lebhaften patriotischen Erklärungen Bebels und Noskes im Reichstag, und dann sagt selbst, ob die französischen Genossen nicht nach Stuttgart gehen, um Frankreich an Deutschland auszuliefern.

Jean Bourdeau im Pariser „Journal des Débats".

Zu deutsch: Altes Spiel. Haben doch die französischen Sozialisten stets die Forderungen für Heer und Flotte bewilligt, während Herr Bebel und seine Freunde jeden Mann und jeden Groschen versagten. Der polnische Sozialist ist nur Pole, er fordert zunächst die Wiederherstellung des verfallenen Königreichs, der französische Sozialist ist nur Franzose! Während aber selbst der schmutzigste Arbeiter in den italienischen Steinbrüchen auf sein Vaterland stolz ist, während er, wenn er in die Ferne wandert, nur ein Ziel und ein Wehe kennt, die Sehnsucht nach der Rückkehr, trat einst Liebknecht für die Losreißung Polens und die Preisgabe der Reichslande ein.

Paul Liman in den „Leipziger Neuesten Nachrichten".

Das Riesenzuchthaus. „Leute, schließt Euch nicht der Sozialdemokratie an, denn die will einen Zuchthausstaat errichten, worin keiner nach seinem Belieben leben, keiner seine Meinung frei betätigen kann, sondern jeder der Fuchtel seiner Vorgesetzten unterworfen ist." So und ähnlich klingt der Sang, womit unsere Staatserhaltenden vor der Sozialdemokratie graulich zu machen suchen. Als ob ein solcher „Zuchthausstaat" erst errichtet werden müßte! Unzählige Male haben wir nachgewiesen, daß dieses „Riesenzuchthaus", das dem einzelnen bei schwerer Strafe jede Freiheit verwehren möchte, heute besteht, insbesondere für die Beamten. Und fast jede Woche bringt neue Beweise dafür. Mit Stolz und Freude erzählt die „Deutsche Tageszeitung": Ein Lehrer in Gotha, der bei der Wahl seine Stimme einem Sozialdemokraten gegeben hatte und deswegen von einer dortigen Zeitung angegriffen war, hatte diese wegen Beleidigung verklagt. Er wurde vom Gericht nicht nur abgewiesen, sondern erhielt im Urteil noch überdies folgende „kräftige Lehre":

„Das Gericht ist der Ansicht, daß es jedem Manne ohne Amt freisteht, zu wählen, wen er will; ein Lehrer aber als Gemeinde- und indirekter Staatsbeamter macht sich einer groben Pflichtverletzung schuldig, wenn er für einen Sozialdemokraten stimmt! Er handelt aber auch sehr unklug, denn die Schule ist auf der Autorität aufgebaut; wenn er die Feinde der staatlichen Autorität unterstützt, dann sägt er den Ast ab, auf dem er sitzt!"

So, der hat's nun wieder bekommen! Er weiß nun, daß er für sein Gehalt nicht nur seine Arbeit zu leisten, sondern obendrein noch seine Gesinnung verkauft hat. Denken kann er sich ja, was er will. Wenn er aber eine Gesinnung betätigt, die seine Vorgesetzten nicht erlauben, dann begeht er eine „grobe Pflichtverletzung". Was wird der Mann Angst haben vor dem „Zukunftsstaate", der ihn angeblich in sklavische Abhängigkeit von seinen Vorgesetzten bringen wird!

Uebrigens ist das Gothaer Gericht von der richtigen staatserhaltenden Ansicht noch ziemlich weit entfernt, wenn es meint, daß ein „Mann ohne Amt" wählen dürfe, wie er will. Eisenbahnarbeiter z. B. haben kein „Amt" und fliegen doch aufs Pflaster, wenn sie sozialdemokratische Gesinnung merken lassen!

Ein Riesenzuchthaus allerdings — aber nicht der sozialdemokratischen Zukunft, sondern in der kapitalistischen Gegenwart.

Ein Maulkorb für die deutsche Presse! Der „Matin" meldet aus Tanger, daß das gesamte Konsularkorps beschlossen hat, Maßregeln gegen die Vertreter der deutschen Presse in Marokko zu ergreifen, um sie an der Verbreitung „falscher oder tendenziös entstellter Nachrichten" zu verhindern. Dieser Beschluß soll sich insbesondere gegen die „Kölnische Zeitung" richten.

Eine löbliche Ausnahme. Entgegen dem Stadtischen Bremserlaß hat jetzt die Kasseler Regierung der von den städtischen Körperschaften in Witzenhausen beschlossenen Erhöhung der Lehrergehälter ihre Zustimmung erteilt.

Kein Verfahren gegen Major Donat. Major Donat veröffentlicht eine Erklärung zum Petersprozeß, wonach der Staatsanwalt die Einleitung eines Offizialverfahrens gegen Donat ablehnte. Niemals ist ein Ermittelungsverfahren wegen Verletzung der Eidespflicht erwogen worden. Major Donat will diejenigen, welche diese Behauptung erfunden und wiedergegeben haben, verklagen.

Ausland.

Das Begräbnis der Abrüstung. Den Vorabend des internationalen Sozialistenkongresses hat der internationale Diplomatenkongreß vom Haag in seiner Art würdig gefeiert, indem er seine Unfähigkeit, den Völkern Schutz gegen die stets wachsenden Lasten des „bewaffneten Friedens" zu bieten, durch einstimmige Annahme einer Resolution dokumentierte. Diese Resolution stellt fest, „daß die Militärlasten seit dem genannten Jahre (1899, dem Jahre des ersten Haager Kongresses) in fast allen Ländern einen bedeutenden Zuwachs erfahren haben", sie sieht aber keinen Weg, um die von ihr erkannte unheilvolle Entwickelung aufzuhalten, sondern beschränkt sich auf die Erklärung, „daß es in hohem Maße wünschenswert ist, daß die Regierungen das ernste Studium dieser Frage erneut in Angriff nehmen."

Der Annahme dieser Resolution — Beratung und Beschlußfassung scheinen in freiwilliger Abwesenheit der deutschen Delegierten erfolgt zu sein — ging eine Rede des englischen Delegierten Sir Edward Fry voraus, in der Deutschland nicht genannt wurde, die aber nach ihrem Sinne ein ebenso schwerer wie berechtigter Angriff auf die unanständige Abstinenzpolitik der deutschen Regierung war. Wenn Sir Edward Fry von dem „Gefühl der Zusammengehörigkeit" sprach, „das heutzutage mehr denn je auf der ganzen Erde verbreitet ist", so kann er dabei wohl an die internationale Sozialdemokratie, aber nicht an die preußisch-deutsche Regierung gedacht haben, die das Abhandensein eines solchen Gefühls durch ihr Fernbleiben von der Beratung demonstrativ zu erkennen gab. Es war ebenso ein wohlgezielter Schlag gegen die deutsche Politik, wenn der englische Delegierte ausführte:

„Nur durch den guten Willen, den freien Willen einer jeden Regierung, die aus eigenem Antrieb heraus für das Glück ihres Landes arbeitet, ist der Gegenstand unserer Wünsche zu verwirklichen."

Schließlich versuchte Sir Edward Fry wenigstens den guten Willen seiner Regierung zu zeigen, indem er erklärte: Großbritannien wäre bereit, den Mächten, die die gleiche Handlungsweise beobachten würden, jedes Jahr von seinen die Konstruktion neuer Kriegsschiffe betreffenden Vorlagen, sowie von den durch diese Vorlagen bedingten Kosten Mitteilung zu machen. Dieses Verfahren würde aber nur dann einen Sinn haben, wenn die Regierungen keine fertigen Vorlagen zur Kenntnisnahme unter einander austauschen würden — das geschieht ja heute schon auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Veröffentlichung in Parlaments-Protokollen und Zeitungen — sondern sich vor endgiltiger einseitiger Beschlußfassung zum Zweck der Ersparnis unter einander ins Vernehmen setzen wollten. Uebrigens wird auch da Deutschland gewiß nicht mitmachen, und so bleibt als Kern des englischen Vorschlages weiter nichts als gegenseitige Verständigung der unter einander befreundeter Westmächte über das Tempo ihrer Rüstungen.

In Preußen-Deutschland besteht die eigenartige Sitte, daß Militärkapellen von Begräbnissen unter dem Klange froher Kriegsmärsche nach der Kaserne zurückkehren. So kehrt auch das deutsche Diplomatenkorps vom Begräbnis des englischen Vorschlags zur Beschränkung der Rüstungen mit fröhlichem Tschintschintrara in die preußische Kaserne zurück. Ausländer, die das sehen und hören, schütteln den Kopf und wundern sich: Und die Nachbarn dort unter ihnen meinten, zum „Heil Dir im Siegerkranz" sei es doch noch ein wenig zu früh!

* * *

Ueber die revolutionäre Bewegung in China wird gemeldet: Die Lage in China, insbesondere im Yangtsetal, ist andauernd unbefriedigend. Ob ein offener Aufruhr unmittelbar bevorsteht, ist nicht zu übersehen. Die Stärke der revolutionären Strömung nimmt aber fortgesetzt zu. Die Geheimbünde wachsen zusehends. Die chinesischen Beamten behaupten, daß die Fremdenniederlassungen Tausende von Revolutionären beherbergen, die der chinesischen Gerichtsbarkeit entrückt sind. Die Agitation wird neuerdings auch ins Heer getragen. In Peking werden immer neue Attentate gegen die Mandschus aufgedeckt. Die Provinzbeamten tun ihr Möglichstes, die revolutionäre Strömung zu unterdrücken. Sie suchen insbesondere das Reformwerk zu fördern, fühlen jedoch ihre eigene Machtlosigkeit.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Infolge der schwachen Ernteaussichten wird erwogen, die diesjährigen Manöver in Schweden einzustellen, um bei eintretender Trockenheit genügend Arbeitskräfte zu haben. — Zwischen Paris und Casablanca ist der drahtlose Telegraph eingerichtet. Wenigstens kann man jetzt auf diesem Wege von dem Eiffelturm an das Geschwader vor Casablanca telegraphieren. Dagegen sollen dort noch die 800 Meter hohen Stangen fehlen, deren es bedürfte, um Nachrichten nach Paris zu senden. Man hofft aber, es werde auch dazu kommen. — In Odessa herrscht große Beunruhigung wegen der soeben erfolgten Amtsenthebung des Stadtkommandanten Grigoriew, der in Odessa einige Krawalle verhinderte. Sein Amt soll den reaktionären Generalen Dumbadse, Jakunin oder Wassiliew übertragen werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. August.

* **Hausagrarier-Forderungen.** An Unverfrorenheit und Rücksichtslosigkeit stehen die waschechten Hausagrarier, die im Zentralverband der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine organisiert sind, ihren Namensvettern von der landwirtschaftlichen Fakultät nicht im mindesten nach. Sie schreien genau so laut, wie nur immer die Itzenplitze und Köckeritze und haben genau wie diese zweifellos auf Kosten der übrigen nichthausbesitzenden Menschheit durch ihre rücksichtslose Interessenpolitik viel erreicht.

Der streitbare Führer der Hausagrarier Hartwig, Direktor des obengenannten Verbandes, er sprach gegen die Einführung von Schulbädern, „weil er auf seinem Geburtsdorfe Unkersdorf auch nicht gebadet habe und doch groß und stark geworden sei" und weiter wandte er sich gegen den Sonntagsschluß der Geschäfte, „weil jemand einmal plötzlich Besuch bekommen und dann keinen Aufschnitt mehr kaufen könne" — hat eine Denkschrift herausgegeben anläßlich des Verbandstages in Hamburg, die allerhand liebliche Einblicke in das Herz dieser Hausagrarier gestattet. In dieser Denkschrift ist als das Fundament der Bestrebungen der deutschen Hausbesitzer bezeichnet:

„Wir verlangen auch nicht im geringsten Sondervorteile. Wir erstreben, daß wir da, wo es gilt, im öffentlichen Interesse Steuern zu zahlen oder andere Lasten zu tragen, mit den anderen Berufsständen gleichgestellt werden."

Dieser Satz muß als eine arge Täuschung der Oeffentlichkeit über die Ziele des Verbandes bezeichnet werden. Ueberall in den Kommunen gibt es keine ärgeren Interessenpolitiker, die Sondervorteile für sich verlangen, wie eben die Hausagrarier dieser Art. Wer die Breslauer Stadtverordnetenversammlungen verfolgt, der kann ein Lied davon singen. Und anderwärts ist es ebenso. Sie benutzten ihren Einfluß, der ihnen ja von Staatswegen garantiert ist durch die Bestimmung, daß mindestens die Hälfte der kommunalen Vertretungen aus Haus- und Grundbesitzern bestehen muß, in Dresden z. B. zur „Verhängung des Bauverbots". Ueberall wurde vom Bauen „abgeraten". Und was ein solcher Wink von oben zu bedeuten hat, wird der ermessen, der weiß, wie viele Wege notwendig sind, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen, ehe ans Bauen gedacht werden kann. Ferner wurden keine neuen Straßen erschlossen. Die Folge war eine ungeheuere Depression im Baugewerbe, Tausende von Bauarbeitern waren gezwungen, den Dresdener Staub von den Pantoffeln zu schütteln. Die Herren Hausbesitzer hatten den Vorteil davon.

Mit dem erzielten Erfolge sind aber die Hartwigianer nicht zufrieden, obschon der Bericht zugibt, daß infolge der rigorosen Einschränkung der Bautätigkeit die leerstehenden Wohnungen in Dresden von 7,08 Proz. auf 5,8 Proz., in Leipzig von 3,96 Proz. auf 2,63 Proz. zurückgegangen sind, trotzdem in einer ganzen Reihe deutscher Städte Wohnungsknappheit herrscht: Bielefeld, Nürnberg, Rastatt, Schwarzenberg, Solingen und Witten a. R. Und wenn es ihnen in Breslau auch nicht so ganz nach Wunsch gelungen ist, so sind sie eben hier um so eifriger an der Arbeit. Die Leute à la Hartwig möchten geradezu die moderne Entwickelung der Städte, des Verkehrs zurückschrauben. Es heißt darüber in dem erwähnten Bericht:

„Aber nicht nur die Privatbautätigkeit allein trägt zur Vermehrung der leerstehenden Wohnungen bei. Dies ist vielfach nicht weniger der Fall durch eine verderbliche Kommunalpolitik: die unnötige Einverleibung von Vororten und ein ausgedehnter Ausbau der Straßenbahnverbindungen bis in die entlegensten Vorortsdörfer. Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß die Hausbesitzer der alten Stadt mit denen der Vororte in einer gewissen Konkurrenz stehen. Diese Konkurrenz wird aber durch solche Maßnahmen der Gemeindeverwaltungen unnötig verschärft, denn wenn den Mietern durch die Ausdehnungen der Straßenbahnnetze die bequeme Erreichung der neuen, komfortablen und dabei nicht teureren Wohnungen in den Vororten möglich gemacht wird, so ist es ganz erklärlich, daß die Hausbesitzer der alten Stadt dieser Konkurrenz unterliegen müssen. Der vermehrte Zug in die Vororte ist in fast allen Großstädten zu bemerken gewesen; infolgedessen hat sich in diesen Vororten eine lebhafte Bautätigkeit entwickelt. Die Neubauten werden mit allen modernen Einrichtungen ausgestattet. Die Wohnungen können trotzdem billiger oder wenigstens nicht teurer vermietet werden wie im Inneren der Stadt, weil in den Vororten das Bauland viel billiger ist. Die Häuser in der alten Stadt sind durchweg alle schon vor einigen Jahrzehnten hergestellt; ihnen mangeln moderne Einrichtungen, die erst aus den Anforderungen der neueren Zeit hervorgegangen sind. Diese Einrichtungen sind aber bei den alten Wohnungen auch durch kostspielige Umbauten nur in vereinzelten Fällen zu beschaffen. Daher das Verlassen der Wohnungen der älteren Häuser im Inneren der Stadt."

Die notwendige Konsequenz solcher Klagen wäre also die Verhinderung der Einverleibung, die künstliche Einschränkung der Entwicklung der Städte, die Einschränkung des Verkehrswesens, eine verkehrs- und arbeiterfeindliche Tarifpolitik der Straßenbahnen. Vielleicht ist der vor kurzem zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gelangte Plan, die Tarifsätze für weitere Strecken auf der Straßenbahn wesentlich zu verteuern, mit dieser Hausbesitzerbestrebungen in Zusammenhang zu bringen.

Sehr charakteristisch für die Denkart dieser sozialpolitischen Krebse ist dann der folgende Satz, der von der „Notwendigkeit der Erziehung der Mieter" handelt. Danach soll die Wohnungsaufsicht bestätigt haben, daß die meisten schlechten, verwahrlosten und feuchten Wohnungen der unteren Volksklassen durch die Bewohner selbst verschuldet sind. Wolle man solche Leute mit einer besseren Wohnung beglücken, (!) so müßten sie erst zur Reinlichkeit und Ordnung erzogen werden, sonst würden die besseren Wohnungen in Kürze den alten gleichen. Eine solche Sozialpolitik, die einseitig nur immer die Wohnungen zu Gunsten „der einen und auf Kosten der übrigen Volksklassen" verbessern will, dabei aber doch das wichtigste Moment der Wohnungsbenutzung ganz außer acht läßt, ist keine Sozialpolitik, sondern sozialpolitischer Unverstand. Es ist interessant, wie hier alle Begriffe von dem Verfasser dieser famosen „Denkschrift" auf den Kopf gestellt werden. Derselbe Mann, der auf einem der früheren Hausbesitzertage das „Dreifamilienklosett" als einen idealen Zustand pries, wagt von „sozialpolitischem Unverstand" derjenigen zu reden, die eine eingreifende Wohnungshygiene fordern. Er spricht von einer einseitigen Begünstigung zu Ungunsten der übrigen Volksklassen und meint mit der einen Klasse nicht etwa die Hausbesitzer, sondern die Arbeiterklasse. Spottet seiner selbst und weiß nicht wie! Gewiß wird es Mieter geben, die zum Teil mit schuld sind an etwaigen hygienischen Mißständen. Aber woher soll bei ihnen die Freudigkeit zur Wohnungshygiene, zu frischer Luft und Reinlichkeit einer Wohnung kommen, wo alle Vorbedingungen dazu fehlen? Die Hausbesitzer müssen zunächst gehalten werden, gesunde und anständige Wohnungen herzustellen, dann erst können sie mit der „Erziehung der Mieter" kommen. So aber werden vielfach Wohnungen vermietet, die schlechter sind, als die Schweineställe in Cabinen, um an ein vielzitiertes Wort zu erinnern. Und das trifft gerade für Breslau, trotz aller krampfhaften Ableugnungsbemühungen, zu. So ist vielfach der Hausbesitzer nur durch die Drohung mit dem Ausziehen zu zwingen, unabwendbare Reparaturen vorzunehmen, ganz geschweige ihn zum Vorrichten einer Wohnung zu bewegen.

Schärfere Wohnungsinspektion ist entgegen den Forderungen der Hausagrarier zu fordern. Erziehung der Hausbesitzer, in dem Mieter Menschen zu sehen mit menschlichen Bedürfnissen anstatt lediglich Ausbeutungsobjekte zur Steigerung der Grundrente.

Es gibt angesichts dieser Tatsachen, so bemerkt die „Kommunale Praxis" sehr richtig, nichts Lächerlicheres und Absurderes als die Klage, daß der Hausbesitzer immer noch viel angefeindet, verdächtigt, falsch beurteilt und durch die übertriebenen sozialpolitischen Maßnahmen der Behörden schwer bedrängt wird. Alles beeilt sich vielmehr, den Hausbesitzerstand so schonend als möglich zu behandeln, ihm Sondervorteile zuzuschanzen, die Konkurrenz zu seinen Gunsten, zu Ungunsten der Mieter einzuschränken.

Angesichts dieses rücksichtslosen Vorgehens, dieser gemeingefährlichen Bestrebungen der Hausagrarier ist es dringend geboten, im Interesse der Volksgesundheit, der Sittlichkeit und des Volkswohlstandes den kulturfeindlichen Bestrebungen dieser hausagrarischen Ausbeutersippe ebenso rücksichtslos entgegenzutreten. Das zeigt die „Denkschrift".

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Zimmerer! Der Streik der Zimmerleute in Peisterwitz, der bereits seit dem 1. Mai dauert, ist noch keineswegs beendet, im Gegenteil, die Situation hat sich in letzter Zeit noch verschärft. Zuzug nach Peisterwitz ist nach wie vor streng fernzuhalten. Die Peisterwitzer Unternehmer haben übrigens jetzt in Brieg größere Arbeiten übernommen. Die Brieger Kameraden werden deshalb besonders davor gewarnt, bei Peisterwitzer Unternehmern Arbeit anzunehmen.

* **Achtung, Bauhilfsarbeiter!** Donnerstag, den 22. d., Abends um 8 Uhr, findet im Saale des Gewerkschaftshauses eine allgemeine Mitgliederversammlung mit einem interessanten Referat über die Arbeiterbewegung im alten Breslau statt. Da die Versammlung pünktlich eröffnet werden soll, ist pünktliches Erscheinen ebenso sehr wie vollzähliges erforderlich.

Ferner machen wir auf das Sonnabend, den 24. August, in den Räumen des Gewerkschaftshauses stattfindende Stiftungsfest aufmerksam. Das Festkomitee hat es sich angelegen sein lassen, ein sehr reichhaltiges Programm mit allerhand Ueberraschungen aufzustellen. Näheres besagt das morgen erscheinende Inserat.

Die Bezirkskassieren hält aus Anlaß des Stiftungsfestes am nächsten Sonnabend aus; daher ist das Verbandsbureau Sonnabend Vormittag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Die Lokal-Verwaltung.

Tapezierer-Verband. Donnerstag, den 22. August, Abends 8 Uhr, findet im Zimmer 2 eine wichtige Mitglieder-Versammlung statt. Außer einem Vortrag erstattet die Tarifschlichtungskommission Bericht. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand. J. A.: R. Pietsch.

Aus Schlesien und Posen.

Zabrze, 21. August. **Explosion.** Ueber das Grubenunglück auf Hedwigswunschgrube bei Borsigwerk wird noch folgendes mitgeteilt: Die Firma Meyer in Mühlheim a. Rh. ist damit beschäftigt, einen Querschlag im Heinitzfloz auszusprengen. Als die Bergleute daran gingen, die gebohrten Sprenglöcher mit Dynamitpatronen zu versetzen, erfolgte plötzlich eine Explosion. Die Gesteinsmassen brachen mit aller Gewalt herein und verschütteten die sieben dort arbeitenden Bergleute. Sofort wurden die Rettungsarbeiten eingeleitet. Schrecklich verbrannt und zerschlagen fand man die beiden unmittelbar in den Sprenglöchern beschäftigt gewesenen Bergleute als Leichen, während die übrigen fünf schwer verletzt hervorgeholt wurden. Sie haben im Gesicht, Händen und Beinen schwer verbrannte Gesichter, haben sie Rippen-, Arm- und Beinbrüche erlitten. Eine nicht explodierte Dynamitpatrone konnte unter Anwendung größter Vorsicht in Sicherheit gebracht werden. Die Toten und Verletzten brachte man nach dem Knappschaftslazarett Zabrze; es sind meist italienische Arbeiter. Die sofort benachrichtigte Bergpolizei sperrte die Unfallstelle ab.

Neueste Nachrichten.

Marokko.

London, 21. August. (H. T.-B.) Die „Times" meldet aus Tanger: Der Sultan hat die Konsuln der europäischen Kolonien ersucht, die Stadt zu verlassen, da Unruhen befürchtet werden und er nicht über genügend Truppen verfügt, um den Flüchtigen eine Geleitmannschaft zu geben. In der Stadt leben augenblicklich 50 Europäer, die in einigen Tagen abreisen werden.

„Daily"-Telegramm berichtet aus Tanger: Während die Muselmanen in der Moschee von Fez Gebete verrichteten, rief ein Fanatiker vom Hause eines Daches herab Muley Hafid zum Sultan aus. Der Fanatiker wurde ergriffen und mit Peitschenhieben gezüchtigt und zur Stadt hinausgetrieben.

Paris, 21. August. (H. T.-B.) Es wird bestätigt, daß Muley Hafid sich in Marrakesch hat zum Sultan ausrufen lassen. Er hat die Beziehungen zum Hofe in Fez, der des Verrates beschuldigt wird, abgebrochen. Eine seiner ersten Entschließungen war, mit 6000 Mann gegen Casablanca zu marschieren. Es heißt, daß unter den Truppen seiner Anhänger viel reguläre marokkanische Soldaten sich befinden. Der neuproklamierte Sultan will unverzüglich gegen die Franzosen vorgehen.

Tanger, 20. August. Aus Mogador wird berichtet, daß die dortigen Stämme sich entschlossen haben, den heiligen Krieg zu proklamieren. In Mazagan ist die Aufregung unter den Stämmen unbeschreiblich. In Karraba sind 15,000 Mann Elitetruppen, welche früher vom Kaid Maclean befehligt worden waren, eingetroffen. Diese Truppen waren bestimmt, um mit den französischen Truppen in Casablanca gegen die Kabylen vorzugehen, inzwischen ist jedoch ein Gegenbefehl eingetroffen und es ist wahrscheinlich, daß diese Mannschaften zum Schutze der Europäer nach Mazagan entsandt werden.

Tanger, 20. August. Wie weiter aus Fez berichtet wird, hat der französische Konsularvertreter angesichts des bevorstehenden Ausbruches von Fanatismus gegen die Franzosen verfügt, daß die französische Kolonie heute, am 20., die Stadt verlassen soll. Die in Fez anwesende militärische Mission wird jedoch in Fez verbleiben. Auch die übrigen europäischen Ansiedler hegen Befürchtungen und verlassen die Stadt. Aus Tanger sind bisher 3000 Personen abgereist.

Vom Automobil-Wahnsinn.

London, 21. August. (Hirsch's Telegraphenbureau.) Ueber eine Todesfahrt im Automobil, bei welcher der bekannte amerikanische Millionär Root und seine ganze Familie ums Leben kamen, wird aus Massachusetts (Amerika) berichtet: Root und seine ganze Familie ist völlig taub. Auf einer Automobilfahrt, bei welcher Root das Automobil selbst lenkte, überkam ihn die unglückliche Idee, mit einem Eilzuge um die Welte zu fahren. Plötzlich kam das Automobil an eine scharfe Kurve, wo die Eisenbahn die Straße überschreitet, was Root nicht zu wissen schien. Da Root die Warnungssignale des Lokomotivführers nicht hörte, machte letzterer einen letzten Versuch, indem er mit Volldampf die kritische Stelle früher zu erreichen suchte als das Automobil. Als Root dies bemerkte, gab auch er seinem Wagen größere Geschwindigkeit und es erfolgte der gefährliche Zusammenstoß. Das Automobil wurde vollständig zertrümmert. Root und sein Sohn kamen unter die Maschine und waren sofort tot. Die Mutter und seine Schwester wurden weit ins Feld hinausgeschleudert und blieben ebenfalls tot liegen. Eine Tochter Roots wurde lebensgefährlich verletzt.

Berlin, 21. August. (H. T.-B.) Gestern Abend gegen 9 Uhr karambolierten zwei elektrische Straßenbahnwagen so heftig miteinander, daß drei Personen schwere, teils lebensgefährliche Verletzungen davontrugen.

Frankfurt a. M., 20. August. Die Verhaftung des Revolverautomobilisten Dr. Scriba aus Frankfurt a. M. ist von der Koblenzer Staatsanwaltschaft erneut angeordnet worden trotz der von Dr. Scriba gestellten hohen Kaution.

Elberfeld, 21. August. (H. T.-B.) In der Eisengießerei von Jäger wurden mehrere Arbeiter infolge Benutzung einer schadhaften Gießpfanne durch überspritzendes flüssiges Eisen schwer, teils lebensgefährlich verbrannt.

Wien, 20. August. (H. T.-B.) Aus Uesküb wird gemeldet: Die bulgarische Bande unter Führung des Wojwoden Apostol, die den reichen Spaniolen Malach gefangen genommen hat, verlangt für dessen Auslieferung 100,000 Mk. und droht mit der Ermordung des Gefangenen bei Verweigerung des Lösegeldes.

Wien, 21. August. (H. T.-B.) Die Blattern-Erkrankungen in Wien sind im Zunehmen begriffen. Bisher sind 20 Erkrankte in den Infektionsbaracken aufgenommen worden.

Lüttich, 21. August. (H. T.-B.) In der Steingrube von Hogoheid erfolgte ein Erdrutsch, wobei fünf Arbeiter verschüttet wurden. Zwei wurden als Leichen geborgen, die anderen drei haben schwere Verletzungen erlitten.

Tetschen, 21. August. (H. T.-B.) Auf dem hiesigen Nordwestbahnhof explodierte beim Anlegen von Plomben eine eiserne Tonne. Der mit dem Plombieren beschäftigte Klempner wurde in Stücke zerrissen, mehrere andere Personen schwer verletzt.

Trient, 21. August. (H. T.-B.) Im Fort Mont Bouton erkrankten mehrere Artilleristen nach dem Genuß von Konservenfleisch. Einer ist bereits verstorben.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission

Breslau, 20. August 1907. Pro 100 Kilogramm

	gute höchste	gute niedr.	mittlere höchste	mittlere niedr.	geringe höchste	geringe niedr.	Sorte
Weizen, weißer alter	22.—	21.20	21.10	20.80	20.70	19.50	
Weizen, weißer neuer	21.10	20.10	20.—	19.60	19.50	18.60	
Weizen, gelber alter	21.00	21.10	21.—	20.70	20.60	19.40	
Weizen, gelber neuer	21.—	20.—	19.90	19.50	19.40	18.50	
Roggen neuer	18.90	17.90	17.80	16.90	16.80	15.40	
Gerste	15.30	15.10	15.—	14.70	14.60	14.30	
Hafer, alter	18.20	17.80	17.70	17.50	17.40	17.—	
Hafer, neuer	16.50	16.—	15.90	15.40	15.30	14.50	
Viktoria-Erbsen	21.50	20.50	19.50	18.50	17.50	16.50	
Erbsen	18.50	18.—	16.80	15.80	15.—	14.50	
Winterraps	31.80	—.—	29.80	—.—	27.80	—.—	

Heu pro 50 Kilogr. 3.30 bis 3.50 Mk.
Stroh pro Schock 28.— bis 30.— Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl fester, pro 100 Kilogr. inkl. Sack Brutto. Weizenmehl 00, fester, 29.50 bis 30.— Mk. Roggenmehl 00, fester, 28.— bis 28.50 Mk. Roggen-Hausbacken, fester, 27.50 bis 28.— Mk. Roggen-Futtermehl, fester. 12.50 bis 13.— bis 13.50 Mk. Weizenkleie fester, 11.— bis 11.50 bis 12.— Mk.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 21. August:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 22. August:

Tapezierer-Verband. Wichtige Versammlung mit Vortrag. Zimmer 2.

Bauhilfsarbeiter. Abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im großen Saal. — Sonnabend, den 24. August, Stiftungsfest der Bauhilfsarbeiter.

Sonnabend, den 24. August:

Buchbinder. Mitglieder-Versammlung. 1. Vortrag über: „Das Leben im Gefängnis". 2. Wichtige Verbands- und Werkstuben-Angelegenheiten. Zimmer 2.

Sonntag, den 25. August:

Oeffentliche Dienstmädchenversammlung. Referent Genosse Albert.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 7 (Nikolaitor).

Sonntag, den 25. August, Nachmittags: Ausflug nach Kosel zu Brix. Treffpunkt Westpark 1 Uhr. Abmarsch Punkt 1½ Uhr: Verteilung der Geschenke an die Kinder 4 Uhr. Bei schlechtem Wetter findet das Kinderfest 14 Tage später statt.

Distrikt 9 (Odertor).

Donnerstag, 22. August, Abends 8 Uhr: Wichtige Zusammenkunft für alle Mitglieder im Distrikt-Lokal. Besprechung über den geplanten Ausflug und Wahl von zwei Revisoren.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).

Donnerstag, den 22. August, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Bezirksführer im Distriktslokal.

Land-Distrikt 4.

Sonntag, den 25. August: Besichtigung der Brauerei von Hopf und Görcke. Treffpunkt Vormittags 9 Uhr vor dem Brauereigrundstück. Die Genossen von Hartlieb, Kleitendorf und Krietern treffen sich früh um 8 Uhr bei Thamm in Kleitendorf.

Brieg. Bauhilfsarbeiter. Sonnabend, den 24. August, Mitglieder-Versammlung im bekannten Lokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.

Liegnitz. Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 22. August, Abends 8 Uhr, Diskussionsabend. Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gegeben. Hierzu sind alle, vorzugsweise die jüngeren Parteigenossen, auch solche, welche noch nicht Mitglied des Vereins sind, eingeladen.

Freiburg. Gewerkschaftsfest. Sonntag, 25. August, in der „Germania". Dasselbe besteht in Gartenkonzert, Gesangsvorträgen, Preisschießen ꝛc. Wir richten an die organisierte Arbeiterschaft das Ersuchen, aus diesmal wieder das Fest durch zahlreiches Erscheinen zu einem würdigen zu gestalten.

Altwasser. Fabrik-, Ziegelei-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Donnerstag, den 22. August, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Deutschen Kaiser", Oeffentliche Versammlung.

Altwasser. Kartellsitzung. Sonntag, den 25. August, Vormittags 9 Uhr.

Weißstein, Salzbrunn und Umgegend. Bauhilfs-, Erd- und Betonarbeiter. Sonntag, den 25. August, Vormittags 11 Uhr, im „Annahof" in Neu-Salzbrunn, Versammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Sagan. Sozialdemokratischer Verein. Freitag, den 23. August, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herrn Hermann, Polnisch-Machen.

Gleiwitz. Volksversammlung. Sonntag, 25. August, Nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: „Vom Hänge-Peters und von der Giftpflanze Kamarilla". Referent: Julius Bruhns. Eintritt frei. Frauen eingeladen.

Zabrze. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Freitag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachm. und von 5½ Uhr Nachmittags bis 7½ Uhr Abends statt.

Zabrze. Volksversammlung. Sonntag, 25. August, Nachmittags 6 Uhr. Tagesordnung: „Vom Hänge-Peters und von der Giftpflanze Kamarilla". Referent: Julius Bruhns. Eintritt frei. Frauen sind eingeladen.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Am 19. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, verschied plötzlich am Herzschlag mein herzensguter Mann, unser treusorgender Vater, Grossvater und Schwiegervater, der Tischler

Franz Strzelczyk

im besten Alter von 54 Jahren 11 Monaten. 4113

Leicht sei ihm die Erde!

Um stille Teilnahme bittet im Namen aller Hinterbliebenen die trauernde Witwe

Anna Strzelczyk, geb. Nitschke, nebst Kindern.

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 1¾ Uhr, vom Trauerhause Weinstrasse 39 aus nach dem Oswitzer Friedhofe.

Am 19. August entriss uns plötzlich der Tod unsern treuen und braven Kollegen, den **Tischler** 4104

Franz Strzelczyk

im Alter von 54 Jahren 11 Monaten. Mit ihm ist uns ein lieber Freund und braver Kollege ins Grab gesunken.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Kollegen und Meister der Firma Barisch, Dohn u. Bauer.

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 1¾ Uhr vom Trauerhause Weinstrasse 39 nach Oswitz.

Am 19. d. Mts. verstarb plötzlich unser Freund und Kollege, der Tischler 4108

Franz Strzelczyk

im Alter von 54 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 1¾ Uhr, nach Oswitz. Trauerhaus: Weinstrasse 39.

Todesanzeige!

Am 19. d. Mts. verstarb plötzlich unser ehemaliger Mitarbeiter, der Tischler

Franz Strzelcyk

im Alter von 55 Jahren. 4103

Sein offener und ehrlicher Charakter sichert ihm bei uns ein bleibendes Andenken.

Die Tischler und Maschinenarbeiter der Firma A. Lehmann's Nachfolger, Carlowitz.

Am 19. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Tischler

Franz Strzelczyk

im Alter von 55 Jahren. 4114

Der Sozialdemokratische Verein „Breslau".

Beerdigung: Donnerstag, den 22. d. Mts., nachm. 1¾ Uhr, vom Trauerhause Weinstrasse 39 nach Oswitz.

Am 19. d. M. starb nach langen, schweren Leiden meine gute Frau 4105

Martha Grabsch, geb. Zimmer

im besten Alter von 27 Jahren.

Dies zeigt an

Der tieftrauernde Gatte Reinhold Grabsch.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3½ Uhr in Neukirch.

Am 19. August 1907 verschied nach schwerem Leiden die Frau unseres Kollegen und Mitarbeiters

Martha Grabsch

im blühenden Alter von 27 Jahren.

Ihr Andenken werden in Ehren halten

Die organisierten Kollegen der Masch.-Bau-Anstalt Abteilung III.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 22. August, nachm. 3½ Uhr in Neukirch statt. 4102

Am 19. d. Mts. verschied die Frau unseres Kollegen Grabsch

Martha Grabsch geb. Zimmer

in Neukirch.

Ihr Andenken werden in Ehren halten 4111

Die Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Breslau).

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause in Neukirch aus statt.

Am 19. d. Mts., abends 9 Uhr, starb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, Vater, Bruder, Onkel und Schwager, der Tischler

Emil Schmidt

im Alter von 51 Jahren. 4110

Dies zeigt betrübt an

Frau Auguste Schmidt nebst Kindern.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 5 Uhr, von Burgfeld 7.

Am 19. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Tischler

Emil Schmidt

im Alter von 51 Jahren.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 22. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital. 4112

Am 19. August starb nach langem, schwerem Leiden die Frau unseres Genossen **Gustav Görlitz** 4109

Frau Marie Görlitz

im blühenden Alter von 24 Jahren.

Ein dauerndes Andenken bewahren ihr

Die Genossen des Distrikts 9 (Odertor).

Trauer-Hüte

in **grösster** Auswahl zu **billigen, festen** Preisen

M. Tichauer, 3915

Reuschestr. 47, part. u. I. Etage.

Schauspielhaus

Der Schlager der Saison!

Mittwoch, 8 Uhr:

„Haben Sie nichts zu verzollen?"

Donnerstag, 8 Uhr:

„Haben Sie nichts zu verzollen?"

Dominikaner.

Die berühmten 2458

Bennewitz-Sänger.

Anfang 7½ Uhr.

Breslauer Sommer-Theater

(Liebich's Etablissement).

Heute Mittwoch:

Zum 5. Male:

Ein seltsamer Fall.

Im Garten: **Herrmann.**

Victoria-Theater

(Simmenauer Garten).

Folies-Caprice.

Täglich wechselndes Programm.

Vons Wochentags gültig.

Anfang 8 Uhr.

Palmengarten.

Dir. H. Krainsik.

Damen-Trompeter

„Humoresk".

Entree frei.

Zeltgarten

Dir. H. Krainsik.

Bomben-Erfolg

ergänzt am 15. August das

neue Spezialitäten-Programm.

Entree 10 Pfg.

Möbel Spiegel. Polsterwaren

in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95

Kein Abzahlungsgeschäft

gewähre aber gern Teilzahlung.

Preise enorm billig.

Plüschgeranitur	100 Mk.
Salontisch	18 „
Trumeau mit Muschelaufsatz	60 „
Schrank „ „	60 „
Vertiko „ „	45 „
Spiegel mit Schränkchen und Muschelaufsatz	35 „
Diwan in gutem Stoff	36 „
Bettstelle mit Matratze	32 „
Rohrstuhl mit hoher Lehne	[illegible] „

Teppiche, Läufer, Gardinen und sämtl. and. Ausstattungsgegenstände nur bei

F. Pauer, Sandstr. 5.

Böttchers Cabaret

Neue Gasse 17—19. 3372

Täglich **Vorstellung** abends 11 Uhr, von 7½ Uhr nachmittags **Militär-Konzert.**

Gerichtskretscham, Kl.-Gandau

Philipp's Saal- und Garten-Etablissement

(vis-à-vis dem Kaiser Friedrich-Park).

Herrlich gelegenes Familien-Lokal — Schöne Aussicht — Staubfreier, schattiger Garten — Reichhaltige Speisekarte — Solide Preise.

Für Vereine besonders günstig gelegen und bestens geeignet.

3699 Hochachtungsvoll **Rich. Philipp.**

---

50 Arbeiterfrauen 50

Volkswachtleser

Ihre Haushaltungsartikel

kaufen Sie, wie bekannt, am **besten** und **billigsten** bei [3822

Rob. Kornmann, Friedrich-Wilhelmstr. 50.

Zurückgekehrt

Dr. G. Marcuse

Spezialarzt für physikal.-diätet. Heilmethoden

Gartenstrasse 49

Wasserheilanstalt. 4106

Tafelbutter — Kochbutter

Kuckeier — Käsebruch

Zietenstrasse No. 28, Hof. 3907

Pfänder-Auktion 4084

Verlängerung bis 24. August 1907.

Pfandleih-Institut Oelsnerstr. 12.

Pfänder-Auktion 3884

v. 30. Aug. 1907. Schütze, Paulstr. 26.

Achinin-Seife Pfd. 25 Pfg. b. W. Michael, Kleitendorf. 3462

Rechte u. Pflichten des Mieters

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch Kommentar gegen Miethsrecht von Rich. Lipinski.

Preis pro Exempl. 20 Pfennige.

Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Miethsrecht.

Durch unsere Expedition zu beziehen.

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Dr. Heinrich Braun u. Lily Braun.

Mitarbeiter: Hervorragende sozialdemokratische Schriftsteller Deutschlands und des Auslandes, Künstler und Gelehrte.

Pro Quartal . Mk. 1,20.

Einzelnummer Mk. 0,10.

Abonnements durch alle Buchhandlungen, Kolporteure, Zeitungsspeditionen und Postanstalten.

Probe-Nummern frei vom Verlag, Berlin W. 15.

Sozialdemokratisches Liederbuch

von Max Kegel.

Preis 40 Pfg.

Ein Versuch!

im großen

Möbel- u. Ausstattungsgeschäft

von [4107

S. Osswald

Breslau

wird Sie überzeugen, daß Sie sich an die richtige Quelle gewandt.

Sämtliche Artikel in großer Auswahl auf

Kredit

bei günstigen Zahlungs-Bedingungen.

Albrechtsstrasse 6, Ecke Schuhbrücke

1., 2. u. 3. Etage, Eingang Schuhbrücke.

Beilage zur Nr. 195 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 22. August 1907.

Die rote Internationale in Stuttgart.

Die erste Plenarsitzung.

ch. Stuttgart, den 20. August 1907.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 10 Uhr Vormittags mit einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen. Es sollen zu den Sitzungen nur zugelassen werden die Delegierten, die Presse und die mit Einladungskarten versehenen Gäste. Die sozialistische Presse sitzt auf der Vorstandstribüne, die bürgerliche im Saale. Am Präsidententische haben die Mitglieder des internationalen Bureaus Platz genommen. Da die Kommissionen ihre Arbeiten noch nicht vollendet haben wird die heutige (Dienstag) Nachmittagssitzung ausfallen. Die Kommissionen werden aber um Beschleunigung der Arbeiten ersucht, damit von Mittwoch ab ununterbrochen Plenarsitzungen stattfinden können. Das internationale Bureau wird, um 6 Uhr Abends zur endgiltigen Entscheidung über die angefochtenen Mandate zusammentreten, sodaß von Mittwoch ab nur Delegierte mit giltigen Mandaten an den Verhandlungen teilnehmen können. Wortmeldungen sind schriftlich beim Bureau einzureichen. Genosse Huysmans, Sekretär des internationalen Bureaus verliest, in den drei Kongreßsprachen die zahlreichen eingegangenen Begrüßungsschreiben und Begrüßungstelegramme. Mit großem Beifall wird ein Begrüßungsbrief des greisen Genossen Friedrich Lessner, eines Mitbegründers der alten Internationale von 1864, aufgenommen. Tom Mann sendet aus Sidney Grüße der australischen Sozialdemokratie. Es sind ferner u. a. Glückwünsche eingegangen aus England, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Böhmen, aus Baku und Tiflis, aus Cuba, aus Dänemark, Norwegen, aus mehreren sächsischen Wahlkreisen, aus Schleswig-Holstein, aus Berliner Vororten, aus Schlesien, vom gerade versammelten Parteitag der Aargauer Sozialdemokraten usw.

Die Präsenzliste weist — vorbehaltlich der Prüfung der angefochtenen Mandate

886 Delegierte

auf, von denen 300 auf Deutschland fallen. Die Stimmenverteilung wird gemäß den Vorschlägen des internationalen Bureaus geregelt, dessen seit dem Amsterdamer Kongreß versandte Resolutionen, sowie dessen Reglement bestätigt werden. Es erhalten Stimmen: Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien und Rußland je 20, Italien 15, Vereinigte Staaten 14, Belgien 12, Dänemark, Polen und Schweiz je 10, Australien, Finnland, Holland und Schweden je 10, Spanien Ungarn und Norwegen je 6, Südafrika, Argentinien, Japan Bulgarien, Serbien und Rumänien je 4, Luxemburg 2.

Die „Independent Labour Party“ (Unabhängige Arbeiterpartei) Englands verlangt entgegen dem Beschluß des Internationalen Bureaus Zulassung der Trades Unions, die in den letzten Jahren die Notwendigkeit der politischen Aktion eingesehen hätte.

Durid-London von der Socialdemocratic Federation: Wir haben nichts gegen die Zulassung der Trades Unions; sie müssen sich aber bewußt sein, daß sie mit der Teilnahme an internationalen sozialistischen Kongressen die Verpflichtung übernehmen, für den Sozialismus zu wirken. Die Labour Party (Arbeiterpartei) hat die Anfrage, ob sie sozialistisch sei oder nicht, unbeantwortet gelassen. (Hört, hört!) Sie lehnt den Klassenkampf ab. (Hört, hört!) Sie lehnt sogar Reformen ab, die die notwendige Voraussetzung der Emanzipation der Arbeiterklasse sind. (Hört, hört!) Sie ist gewiß eine ausgezeichnete Arbeiterpartei, aber keine sozialistische Partei. Wir hegen keine Exkommunicierungsgelüste, aber wir können nicht dulden, daß eine Organisation unter falscher sozialistischer Flagge segelt und sich einschmuggelt. (Lebhafter Beifall.)

Irving-Burnley: Der Mandatshunger der Labour Party geht so weit, daß ihre Abgeordneten sich vor den Verpfaffern der Volksschule verbeugen! Und das zu einer Zeit, da in der ganzen Welt der Kampf zwischen schwarzer und roter Internationale tobt! Mitglieder der Labour Party lehnen Bestimmungen zum Schutz ausgebeuteter Proletarierkinder ab, Bestimmungen, die das zahme deutsche Kinderschutzgesetz enthält. (Bewegung.)

Vandervelde-Brüssel erklärt im Einklang mit Bebel, Singer, Vaillant, Troelstra, Hillquitt und Knudsen: Die Aufnahmebedingungen sind nicht zu ändern. Wir beschwören sonst wieder die alten Kämpfe herauf, wie beim Ausschluß der Anarchisten. Bekenntnis zum Klassenkampf und zur parlamentarischen Nation ist Vorbedingung der Zulassung. Die Trades Unions stehen aber auf dem Boden des Klassenkampfes; sie lehnen nur den Klassenkrieg ab. Das Internationale Bureau wird Verständigung mit der Labour Party suchen. In die inneren Streitigkeiten der englischen Genossen sich einzumischen hat der Kongreß keine Veranlassung. (Beifall.)

Der Antrag Macdonald auf Rückverweisung der Zulassungsfrage an das Internationale Bureau wird einstimmig angenommen.

Ein Antrag der internationalen Sozialisten der Schweiz auf Schaffung einer internationalen Mitgliedskarte sowie ein südwestafrikanischer Antrag auf Wahl einer künstlichen Welthilfssprache werden dem Internationalen Bureau, ein Antrag auf gleichzeitige parlamentarische Aktion zu Gunsten des Maximalarbeitstages wird der interparlamentarischen Konferenz überwiesen. — Hierauf vertagt sich der Kongreß auf Mittwoch 10 Uhr.

Die Kundgebung der russischen und polnischen Genossen gegen die Räubereien ist nicht von der P. P. S., sondern von der Delegation der Sozialdemokraten Polens und Litauens mit unterzeichnet. — Die deutsche Delegation hat die Nichtzulassung der Anarcho-Sozialisten, die französische Delegation die Nichtzulassung der unabhängigen sozialistischen Partei (Gruppe Millerand-Viviani) beantragt.

(Der Schluß des Berichts ist leider ausgeblieben.)

* * *

Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften.

cb. Stuttgart, 20. August.

Der Kommission, der die Ausarbeitung einer Resolution über die Stellung der politischen Parteien zu den Gewerkschaften übertragen war, gehören von der deutschen Delegation **Kautsky, Legien, Pfannkuch** und **Robert Schmidt** an.

Von der französischen Delegation wurde folgende Resolution vorgeschlagen:

Der Kongreß ist der Ueberzeugung, daß die völlige Befreiung der Arbeiterklasse sich nur vollständig vollziehen kann, durch die vereinigte Macht der politischen und gewerkschaftlichen Aktion, der Gewerkschaftsbewegung, die als letztes Mittel den Generalstreik und der politischen Bewegung, die die Eroberung der politischen Macht zum Ziele hat, um die allgemeine Expropriation der Bourgeoisie durchzuführen. Der Kongreß ist der Ueberzeugung, daß diese zweifache Aktion von um so größerer Wirksamkeit sein wird, je mehr die politischen und die gewerkschaftlichen Organisationen ihre volle Selbständigkeit bewahren, da ja die Gewerkschaftsbewegung dasselbe Ziel wie der Sozialismus hat.

In Erwägung, daß diese grundsätzliche Uebereinstimmung der politischen und ökonomischen Aktion des Proletariats ein freies Zusammenarbeiten beider Organisationen ohne weiteres sichert, das frei von Unklarheiten Mißtrauen und Unterordnung des einen oder anderen Teils bleibt,

fordert der Kongreß alle Genossen auf, es an keiner Anstrengung fehlen zu lassen, um jedes Mißverständnis zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse zu zerstreuen.

Brouchère-Belgien erklärt, er spreche nicht im Sinne der Gesamtheit der Gewerkschaften Belgiens, aber für eine Zahl, die etwa auf 75,000 zu veranschlagen sei. In den Gewerkschaften müsse der Sozialismus propagiert werden, wenn auch Andersdenkenden der Eintritt in die Organisationen nicht verwehrt werden soll. Die deutsche Taktik der Neutralität, die vor einiger Zeit in Dänemark vertreten wurde, habe nicht verhindert, daß die Unternehmerorganisationen sehr gestärkt worden sind und daß die christlichen und gelben Gewerkschaften Fortschritte gemacht haben. Es sei unmöglich, wie gesagt worden ist, ein Gewerkschaftsblatt zehn Jahre lang zu redigieren, ohne das Wort Sozialismus zu gebrauchen. Mit demselben Recht könnte schließlich auch eine politische Bewegung betrieben werden ohne Betonung des sozialistischen Prinzips. Sowohl in den gewerkschaftlichen wie auch in den politischen Organisationen müsse der entschiedene Sozialismus vertreten werden und es müsse die Einheit der Organisation in politischer und gewerkschaftlicher Aktion herbeigeführt werden, wie sie in Oesterreich besteht. (Widerspruch bei den Oesterreichern.) Redner schlägt eine Resolution vor, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten ist.

Heinrich Beer-Oesterreich: Wir dürfen uns nicht so sehr in Details verlieren. In Deutschland scheint ein erfreuliches Verhältnis eingetreten zu sein. Erfreulicherweise liegen dort die Verhältnisse anders als in Frankreich. In Oesterreich liegen die Verhältnisse nicht so, wie sie Brouchère geschildert hat. Wir haben besondere gewerkschaftliche Organisationen. Allerdings besteht ein inniger Kontakt zwischen Partei und Gewerkschaft, der dadurch hergestellt wird, daß wir in der Partei tüchtig für die Gewerkschaften arbeiten. Andererseits leisten die Gewerkschaften auch außerordentlich tüchtige Arbeit für uns. Wir fühlen uns nicht als Gefühlssozialisten, sondern als Verstandssozialisten. Wir betrachten die Gewerkschaft als ein Hilfsmittel zum Sozialismus. Die Teilung in die politische und gewerkschaftliche Aktion ist notwendig. Wir müssen die Theorie des bulgarischen Genossen ablehnen, der eine Verschmelzung beider Organisationen empfiehlt. Partei und Gewerkschaften müssen sich als gleichberechtigte Glieder fühlen. Es gibt hier kein Befehlen und Unterordnen, sondern eine Verständigung zwischen beiden. Wir sehen in der Personalunion das beste Mittel der Verständigung. Es sitzen Gewerkschaftler in der Parteibewegung und bekannte Parteigenossen sitzen in den Gewerkschaften. Ich glaube sogar, daß in einigen Ländern die Partei dazu beiträgt, die Anhänger den Gewerkschaften zu entfremden. Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen empfiehlt Redner folgende Resolution:

Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln geistiger, politischer und ökonomischer Knechtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse in gleichem Maße notwendig. Obliegt die Organisierung und Führung des politischen Kampfes des Proletariats der Sozialdemokratie, so ist es Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation, den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren und zu leiten. Partei und Gewerkschaften haben alle im Emanzipationskampf des Proletariats gleichberechtigte Aufgaben zu erfüllen. Der Kampf des Proletariats wird sich um so erfolgreicher und günstiger gestalten, je näher die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Parteiorganisationen sind. Der Kongreß erklärt als im Interesse der Arbeiterschaft liegend, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und gepflegt werden. Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen und in ihren Kämpfen sich nur solcher Mittel zu bedienen, die für den Befreiungskampf des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen über die anzuwendende Methode, wenn über die Zweckmäßigkeit dieser Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Gewerkschaften werden ihre Pflichten im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich bei all ihren Aktionen von sozialistischem Geiste leiten lassen. Der Partei liegt die Pflicht ob, die Gewerkschaften in ihrem Kampf nach Besserstellung der Arbeiter zu unterstützen und in ihren parlamentarischen Aktionen den Bestrebungen und Forderungen der Gewerkschaften Geltung zu verschaffen. Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung führen können, je besser ihre Unterstützungseinrichtungen und je besser die zum gewerkschaftlichen Kampf unentbehrlichen Fonds sind.“

Robert Schmidt-Berlin schließt sich den Ausführungen Beers an. Die gewerkschaftliche Taktik ist von Brouchère durchaus irrig beurteilt worden. Von einem Bestreben, die politische und gewerkschaftliche Organisation in Deutschland zusammenzufassen, ist in Deutschland nichts zu merken. Das Verhältnis von Gewerkschaft und Partei ist bei uns keineswegs so innig wie in Oesterreich. Aber es bestehen keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die sozialdemokratische Partei die Vertreterin der Arbeiterinteressen ist, infolgedessen nehmen die gewerkschaftlich in verantwortlicher Stellung befindlichen Männer auch einen regen Anteil an der sozialdemokratischen Partei. Die Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften, die sich in den letzten Jahren abgespielt haben, betrafen die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik und andere Fragen. Dennoch ist hier der Weg der Verständigung gefunden. Aus der Stellung unserer Gewerkschaften die Schlußfolgerung zu ziehen, ihre Taktik hätten die Unternehmer-Organisationen und die gelben Verbände gestärkt, ist ebenso unrichtig, wie wenig man die innige Verbindung der belgischen Gewerkschaften mit der Partei für die bisher vermißte Erstarkung der belgischen Gewerkschaften verantwortlich machen würde. Die Frage, wie die Organisierung der Gewerkschaften sich gestalten wird, ist nicht Aufgabe des Kongresses. Er soll nur aussprechen, daß eine innige Fühlung beider Organisationen notwendig ist, wie es die Resolution Beer ausdrückt. Im anderen Falle müßten wir über die Taktik der Gewerkschaften zum Generalstreik, zur direkten Aktion und zur Sabotage Leitsätze aufstellen.

Diese Streitpunkte müssen die Arbeiter der einzelnen Länder zu regeln suchen, der Kongreß kann keine Direktiven geben. — Von den Holländern wird folgender Antrag empfohlen:

„Der Kongreß erklärt, daß der Fortschritt der kapitalistischen Ordnung, die Konzentration der Produktion die starke Vereinigung der Arbeitgeber und die ständige Abhängigkeit eines jeden Unternehmers von der bürgerlichen Ordnung die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Ohnmacht verdammen müsse, wenn dieselbe ausschließlich auf der Sorge für die Interessen des Gewerbes und der Verständigung mit den Arbeitgebern, sowie auf den Grundsätzen des Berbandsegoismus aufgebaut ist.“

Olesen-Dänemark wünscht eine Organisation von Partei und Gewerkschaften, wie sie in Dänemark eingeführt ist. Marx sagte: Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch! Wie können wir von Vereinigung sprechen, wenn wir in zwei Organisationen die Agitation betreiben! Es mag sein, daß in Dänemark besondere Verhältnisse die Organisation begünstigen. Er wolle auch nicht andere zu einer bestimmten Organisation drängen. In Dänemark versteht man nicht, warum Frankreich sich gegen die parlamentarische Tätigkeit wendet. Redner empfiehlt die Annahme der Resolution Beer.

Lantger-Frankreich: In Nancy hat der Parteitag mit 28 Stimmen Majorität die von der französischen Delegation vorgelegte Resolution beschlossen. Der Gewerkschaftskongreß in Amiens hat in einer langen Resolution zu einer Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft geraten. Aber das Verhältnis beider zu reglementieren, ist nicht zu empfehlen. Man mag es den Ereignissen überlassen, ob diejenigen, die heute sich zanken, sich bei der Verständigung bedrängt fühlen.

Mary Mac Arthur-England bringt eine Resolution der sozialistischen Federation ein. Rednerin lehnt die französische Resolution ab und erklärt sich entschieden gegen den Generalstreik, wie es auch die englischen Sozialisten tun. Bei den letzten Wahlen in England habe die Arbeiterpartei eine Million Stimmen aufgebracht. Die 36 Abgeordneten sind nicht alle Sozialisten, aber Förderer der Arbeiterinteressen.

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

* * *

Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter.

cb. Stuttgart, 20. August.

Die 5. Kommission, auf deren Tagesordnung die Ein- und Auswanderung der Arbeiter steht, trat im Beethovensaal zusammen. Zum 1. Vorsitzenden wurde gewählt **Ellenbogen**-Oesterreich, zum zweiten Vorsitzenden **Hillquitt**-Amerika, zu Schriftführern **Lafontain**-Belgien und **Diner**-Ungarn. Die Generaldebatte eröffnete **Ugarto**-Argentinien: Die argentinischen Genossen haben auf dem Kongreß das Problem der Ein- und Auswanderung aus folgenden Gründen aufgeworfen. Sie wollen nur die künstliche Einwanderung bekämpfen, die von den kapitalistischen Agenturen der Regierung betrieben wird, um billige Arbeitskräfte in Konkurrenz zu den einheimischen Arbeitskräften zu erhalten. Die Genossen verlangen auch Maßregeln gegen die Ausbeutung der Auswanderer durch die Schiffsgesellschaften. Das ganze Problem ist keine Rassenfrage. Die Resolution ist weder gegen die Chinesen noch Japan gerichtet. Argentinien soll allen Arbeitern geöffnet sein. Doch sollen die Arbeiter über die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Länder belehrt werden, wenn sie in sie einwandern wollen. In diesem Sinne legen die Argentinier zwei Resolutionen vor, von denen die eine die Belehrung der Arbeiter verlangt, während die andere die Erleichterung der Naturalisation in den verschiedenen Ländern fordert, damit die Arbeiter in dem neuen Wohnsitz sofort die politischen Rechte erlangen können.

Urh-Frankreich polemisiert gegen die amerikanische Resolution, die gegen das Grundprinzip der Sozialdemokratie aller Länder verstoße. Die Amerikaner verlangen eine Beschränkung der Einwanderung. Die Arbeiter aber wandern nur aus, weil sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu gezwungen sind. In Frankreich haben die eingewanderten Arbeiter, Belgier, Deutsche, Italiener und Spanier gewöhnlich kein lebhaftes Rassenbewußtsein. Aber das Klassenbewußtsein muß bei ihnen geweckt werden. Das beste Mittel gegen die schlimmen Folgen der Einwanderung ist Agitation, Aufklärung und Organisation. Die französische Delegation beantragt, die sozialistischen Abgeordneten aller Parlamente zu beauftragen, zu verlangen, daß der Regierung nicht mehr gestattet werde, fremde Arbeiter ohne weiteres auszuweisen, ferner, daß die fremden Arbeiter genau denselben Arbeiterschutz wie die Einheimischen genießen sollen, weil dann die Arbeitgeber weniger Interesse haben, fremde Arbeiter anzustellen.

Skaret-Böhmen: Die Ein- und Auswanderung beschränkte sich anfangs auf deutsche und italienische Arbeiter, zog sich aber später dann immer mehr nach dem Osten. Die Frage der Ein- und Auswanderung sei vor allem eine Rassenfrage. Er bitte die Genossen, sich in der Diskussion auf die Kulifrage zu beschränken.

Tramer-Australien: Das Problem der Emigration hat für Australien keine große Bedeutung, wie für die meisten anderen Länder, die hier vertreten sind, da dort die Löhne der einheimischen Arbeiter höher sind als die der anderen. Die Kapitalisten bemühen sich daher um so mehr, asiatische Arbeiter als Lohndrücker einzuführen. Die einwandernden weißen Arbeiter organisieren sich in kurzer Zeit und drücken nicht die Lebenshaltung für die Australier herab. Die australische Arbeiterpartei will daher alle diejenigen Arbeiter fernhalten, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie sich die Lebenshaltung der Weißen aneignen. Das sind eben die Asiaten. Er glaube, daß diese Grundsätze der australischen Arbeiterpartei nicht dem Sozialismus widersprächen. Würde man eine unbeschränkte Emigration derselben gestatten, so würde der Fortschritt des Sozialismus gehindert werden. Gewiß wollen wir alle eine allgemeine Völkerverbrüderung, aber bis wir diese erreichen, müssen wir die Arbeiter unseres Landes schützen, damit sie nicht den Kapitalisten widerstandslos ausgeliefert werden. Man habe versucht, in Australien italienische Arbeiter einzuführen. Da haben die australischen Sozialisten einen Brief an den „Avanti“ geschrieben, der in der Tat den Erfolg hatte, daß die italienische Emigration aufhörte. In derartigen Benachrichtigungen liegt die Hauptbedeutung des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Der australische Arbeiter müsse sich im Interesse des Fortschrittes des Sozialismus seines Landes gegen die Einwanderung der asiatischen Arbeiter schützen.

Morel-Frankreich erklärt sich gegen die australische Resolution. Wir sind nicht gegen die gelbe Rasse, wohl aber gegen die gelben Streikbrecher. Die Chinesen und Japaner müssen wir durch Aufklärung zum Sozialismus erziehen und durch Organisation zu unseren Brüdern machen. Wir müssen die gelbe Rasse und alle Arbeiter überhaupt gewerkschaftlich organisieren gegen die gelben Streikbrecher. Die Auswanderer sind die unglücklichsten Glieder der großen Arbeiterfamilie. Es wäre unsozialistisch, noch Maßregeln gegen sie zu verlangen, wir müssen ihnen vielmehr zu Hilfe kommen. Die eigentlich brennende Frage ist die der Einwanderung von Saisonarbeitern. Die französische Delegation beantragt die Einführung einer speziellen Information für die Saisonarbeiter, um sie den Klauen der Menschenhändler zu entziehen. Hier muß die Aufklärung und Organisation sofort eingreifen, dann werden die Saisonarbeiter die Löhne nicht mehr herabdrücken.

Hillquitt-Vereinigte Staaten: Das Problem der Ein- und Auswanderung ist sehr schwierig und ernst. Die Amerikaner haben das Prinzip der Internationalität stets vor Augen, die Resolution verstößt auch in keiner Hinsicht gegen dieses Prinzip. Hillquitt unterscheidet mehrere Arten von Auswanderung: Die erste Art ist die natürliche Auswanderung, die aus dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst entspringt. Für diese Ein- und Auswanderung verlangen die Amerikaner die größte Freiheit, sie machen es den Arbeitern sogar zur Pflicht, die armen Auswanderer zu unterstützen. Von dieser natürlichen Ein- und Auswanderung muß aber die andere Art scharf geschieden werden, das ist die Einwanderung, die im Grunde nur der Anwort fremder Arbeitskräfte durch den

Kapitalismus ist. Die Kapitalisten importieren solche Arbeitskräfte, die ihrem Wesen nach billiger sein müssen und daher weitestens unbewußte Streikbrecherdienste leisten, und den einheimischen Arbeitern gefährliche Konkurrenz machen. Diese Arbeitskräfte sind heutzutage die Chinesen und Japaner, die gelbe Rasse überhaupt. Wir haben durchaus kein Rassenvorurteil gegen die Chinesen, müssen aber konstatieren, daß sie ganz unorganisierbar sind. Ein Volk kann eben nur dann zum Klassenkampf organisiert werden, wenn es bereits in der Entwickelung sehr weit vorgeschritten ist, wie das bei den Belgiern und Italienern der Fall ist, die in Frankreich einwandern. Die Chinesen sind aber in ihrer Entwickelung noch viel zu weit zurück, um organisiert zu werden. Sozialismus will nicht etwa beim Sentimentalismus. Wir stehen in einem heißen Kampfe, der zwischen Kapital und Arbeit tobt. Wer gegen die organisierte Arbeit ist, ist unser Gegner. Wollen wir nun für fremde Streikbrecher etwa ein Privileg schaffen, während die einheimischen gegen sie kämpfen müssen? Wenn wir keine Maßregeln treffen gegen den Import chinesischer Streikbrecher, dann drängen wir die sozialistische Arbeiterbewegung zurück. Unsere Resolution hält das Prinzip des Klassenkampfes hoch, die französische Resolution hingegen entnervt den Klassenkampf. Wir halten nicht an dem Wortlaut der Resolution fest, aber nehmen Sie eine Resolution in unserem Sinne an.

Diener-Ungarn tritt den Ausführungen des Genossen Millquitt entgegen. Ungarn stelle ein großes Kontingent zur Auswanderung, werde aber trotz der großen Menge nicht nur von kapitalistischen Streikbrechern bedrängt, sondern der Staat selbst sende Emissäre aus, um Arbeiter aus Rußland als Streikbrecher einzuführen. In der Rassenfrage glaubt Millquitt einen richtigen Standpunkt einzunehmen. Aber die Länder, die heute noch unorganisierbar sind, sind es nicht mehr morgen. In rückständigen Ländern dauert die Entwicklung nicht mehr so lange, wie in denjenigen Ländern, die zuerst die Entwicklung durchmachten, wie England und Deutschland. Noch vor 10 Jahren wanderten unsere ungarischen Arbeiter nach Amerika aus und konnten als unorganisierbar gelten. Heute, nach wenigen Jahren sind sie vom Geiste des Sozialismus erfaßt und lassen sich organisieren. Ihr wollt den Arbeitern Schutzzölle errichten und werdet damit Fiasko erleiden, wie die Kapitalisten. Wir dürfen die Lohnfrage nicht nur vom Standpunkt von Angebot und Nachfrage betrachten, denn dann müßten wir uns auch gegen die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen wenden, die besonders in den östlichen Ländern mehr Arbeiter frei gemacht haben, als die Japaner und Chinesen. Wir müssen vollkommen freie Ein- und Auswanderung zulassen. Ein großer Teil der amerikanischen Arbeiter ist noch nicht vom proletarischen Klassenbewußtsein erfüllt, sondern nur vom Lohnbewußtsein. Allerdings müssen wir die Mißbräuche bekämpfen, die durch die Masseneinfuhr zum Besten der kapitalistischen Gesellschaften entstehen, aber wir müssen sie bekämpfen durch Aufklärung und Organisation. Ein gutes Mittel wäre es auch auf die Einführung eines Lohnminimums zu dringen, wo es auf politischem Wege nicht geht, auf gewerkschaftlichem. (Lebhafter Beifall). **Lucas**-Südafrika: Wir in Südafrika müssen den Import billiger Arbeiter verhindern, die unsere Gewerkschaften zerstören. Wir sind keine Feinde der Chinesen als Rasse, sondern als Streikbrecher. In der Frage der Emigration organisationsfähiger Arbeiter stehen wir auf dem Standpunkt des internationalen Sozialismus. — **Rappaport**-Paris: Die heutige Debatte hat drei Dinge unterschieden. Die nationale These Australiens, die internationale These Frankreichs und in der Mitte die These von Hillquitt, die in der Idee der internationalen Anwendung nationalistisch ist. Hillquitt wollte seine Ansicht durch Marx stützen und nannte sie revolutionär. Aber wir müssen Marx nicht nur in der Idee, sondern auch trotz aller Schwierigkeiten praktisch anwenden. Den Internationalismus würden wir ins Gesicht schlagen, wenn wir die These Australiens annehmen würden. Hillquitt redet von prädestinierten Streikbrechern, das können wir nicht anerkennen. Solange ein Arbeiter noch keinen Streikbruch begangen hat, ist er für uns ein Genosse. Auch wir wollen Front machen gegen die kontraktbrüchige Einwanderung durch die Kapitalisten, aber nicht indem wir gegen die betreffenden Arbeiter kämpfen. Ich bitte Sie, nicht die australische und amerikanische, sondern die französische Resolution zu berücksichtigen. (Beifall.)

Darauf vertagt sich die Kommission auf Dienstag 10 Uhr.

* * *

Wir und der Krieg.

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

Stuttgart, 20. August. Zu dem Punkte der Tagesordnung: **Der Militarismus und die internationalen Konflikte** brachte Genosse **Bebel** im Namen der deutschen sozialdemokratischen Partei eine Resolution ein, die folgenden Wortlaut hat:

„**Kriege** zwischen Staaten, die auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruhen, sind in der Regel Folgen ihres **Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt**, denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei **Unterjochung fremder Völker und Länderraub** eine Hauptrolle spielen.

Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten **Vorurteile des einen Volkes gegen das andere.**

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist, oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwickelung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

Insbesondere ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Kämpfer stellt und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, die **natürliche Gegnerin der Kriege**, weil diese im Widerspruch stehen zu ihrem Ziele: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage ruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht.

Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht aller Arbeiter und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfedern für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze **mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern.**

Der Kongreß sieht in der **demokratischen Organisation des Wehrwesens**, das alle Waffenfähigen umfaßt, eine wesentliche **Garantie, daß Angriffskriege unmöglich werden** und die Ueberwindung nationaler Gegensätze erleichtert wird.

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter **verpflichtet, alles aufzubieten, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten scheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern** und, falls er dennoch ausbrechen sollte, für dessen raische Beendigung einzutreten."

* * *

C. B. Stuttgart, den 20. August 1907.

Die erste Sektion, die sich mit der Frage des Antimilitarismus und den internationalen Konflikten beschäftigte, setzte heute Nachmittag im dichtgefüllten Konzertsaale ihre Verhandlungen fort. Es liegen eine ganze Reihe von Resolutionen vor. Neben der obigen Resolution beantragt die Mehrheit der französischen Delegation die Erneuerung der früheren Beschlüsse gegen den Militarismus und Imperialismus:

„Der Militarismus ist nur als die vom Staate organisierte Rüstung anzusehen, um die Arbeiterklasse unter dem ökonomischen und politischen Joch der kapitalistischen Klasse zu erhalten. Die Arbeiterklasse aller Länder ist daran zu erinnern, daß eine Regierung die Unabhängigkeit einer fremden Nation nicht bedrohen kann, ohne sich gegen diese Nation, gegen deren Arbeitermasse und ebenso gegen die internationale Arbeiterklasse zu vergehen. Die bedrohte Nation und Arbeiterklasse haben die gebieterische Pflicht, ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegen diese Angriffe zu wahren, und sie haben ein Anrecht auf den Beistand der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Diese Verteidigungspolitik sowie der Antimilitarismus der sozialistischen Partei gebietet, die militärische Entwaffnung der Bourgeoisie und die Ausrüstung der Arbeiterklassen durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht des Volkes zu fordern. Angesichts der andrechenden russischen Revolution, der äußersten Bedrängnis des Zarismus und der benachbarten Kaiserreiche, die ihm Hilfe leisten wollen, angesichts der unaufhörlichen kapitalistischen und kolonialen Unternehmungen und Plünderungen werden das Internationale Bureau und die Interparlamentarische Konferenz aufgefordert, die nötigen Anstalten zu treffen, um im Falle eines drohenden internationalen Konfliktes die zur Verhinderung desselben geeigneten Maßnahmen zu treffen. Die Verhütung und Verhinderung des Krieges ist durch nationale und internationale sozialistische Aktionen der Arbeiterklasse mit allen Mitteln, von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation bis zum Massenstreik und zum Aufstand zu bewirken. An jedem 1. Mai werden von den Proletariern und Sozialisten aller Nationen Kundgebungen veranstaltet, um diese Solidarität zum Ausdruck zu bringen."

Von der Minorität der französischen Delegation liegt folgende Resolution vor:

In Erwägung, daß der Militarismus, wie es alle Konflikte bewiesen haben, die natürliche und unvermeidliche Folge des kapitalistischen Regimes ist, das auf den Klassengegensätzen basiert, und in Erwägung, daß dieser Militarismus nicht abgeschafft werden kann, ohne seine Quelle, das kapitalistische Regime, zu beseitigen, in weiterer Erwägung, daß durch die Kenntnisnahme aller Bestrebungen der Arbeiterklasse auch die Frage des Militarismus ihre verdiente Berücksichtigung erhält, in Erwägung andererseits, daß die für den Antimilitarismus bestimmten Mittel von der Desertion und dem Militärstreik bis zur Revolution geeignet sind, die Propaganda und die Werbung für den Sozialismus zu erschweren und damit den Moment hinauszuschieben, wo das Proletariat hinreichend organisiert und stark genug sein wird, um durch die soziale Revolution dem Kapitalismus und allen Kriegen ein Ende zu machen, erklärt der Kongreß, daß das beste Mittel gegen den Militarismus und für den Frieden, wenn es nicht eine Utopie und Gefahr sein soll, darin bestehen muß, daß man die Arbeiter der ganzen Welt sozialistisch organisiert und daß man in der Zwischenzeit durch Verkürzung des Militärdienstes, durch Ablehnung aller Kredite für Heer, Marine und Kolonien, durch Propaganda für allgemeine Volksbewaffnung alle internationalen Kämpfe möglichst unmöglich macht und zwar ist es Aufgabe des Internationalen Bureaus, im Falle ein politischer Konflikt droht, gemäß seinen Statuten zusammenzutreten und die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Genosse Leon **Troelet** beantragt, namens der belgischen Arbeiterpartei die Annahme der durch die Anträge der französischen Genossen erweiterten Resolution Bebel und stellt dazu noch folgenden Zusatzantrag:

„Der Stuttgarter Kongreß will damit nicht etwa die Wahl der in Anwendung zu bringenden Mittel beschränken. Die Umstände von Zeit und Ort und besonders die wirkliche Macht des Proletariats im entscheidenden Moment können allein für die Frage der Möglichkeit einer Intervention entscheidend sein und für die Wahl der anzuwendenden Mittel richtigen Aufschluß geben."

Die sozialdemokratische Föderation Großbritanniens beschränkt sich darauf, die Ausarbeitung von Verhaltungsmaßregeln bei eintretenden Krisen zu fordern.

Gustave **Herves**-Paris beantragt schließlich folgende Resolution:

In der Erwägung, daß es für das Proletariat gleichgültig ist, in und unter welchen National- und Regierungsmarken die Kapitalisten es ausbeuten, in der Erwägung, daß die Interessen der Arbeiterklasse ausschließlich den Interessen des internationalen Kapitalismus entgegenstehen, verwirft der Kongreß den Bourgeois- und Regierungspatriotismus, der die lügnerische Behauptung vom Bestehen einer Interessengemeinschaft unter allen Bewohnern desselben Landes aufstellt. Er erklärt, daß es die Pflicht der Sozialisten aller Länder ist, sich zum Sturz des Systems zu vereinigen, um ein sozialistisches Regime herbeizuführen und es zu verteidigen, angesichts der diplomatischen Zettelungen, die von verschiedenen Seiten den europäischen Frieden bedrohen, fordert er alle Genossen auf, jede Kriegserklärung mit dem Aufstand zu beantworten."

Gleich nach der Eröffnung der Sitzung gibt der Vorsitzende Südekum das Wort dem Genossen

Vaillant-Paris:

Bebel hat in seiner gestrigen Rede gesagt, daß die Resolution Jaurès-Vaillant, die auf dem letzten Parteitag in Limoges die Mehrheit der französischen Partei auf sich vereinigt hat, für Deutschland unannehmbar sei, daß sie die deutsche Sozialdemokratie in die größten Schwierigkeiten und Gefahren stürzen würde. Ich glaube nicht, daß Bebel unsere Resolution so verstanden hat, wie sie gemeint ist. Wir sind nicht hierher gekommen, um irgendeiner Fraktion des internationalen Sozialismus Steine in den Weg zu legen. Im Gegenteil, wir wollen uns gegenseitig fördern und auch zur deutschen Sozialdemokratie ihre Aufgabe erleichtern. Bebel hat vorgestern in seiner Begrüßungsrede die bedeutenden Fortschritte geschildert, die die deutsche Sozialdemokratie in den letzten drei Jahren gemacht hat. Wir nehmen mit um so größerer Genugtuung von den unaufhaltsamen Fortschritten der deutschen Sozialdemokratie Akt, als sie gerade den Zielen folgt, durch denen die Resolution von Limoges der Weg gewiesen wird. Ich will keine Uebersicht über die Siege der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern geben. Nur kurz will ich hervorheben, daß unsere österreichischen Parteigenossen den Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit wunderbarer Kraft durchführten und jeden Widerstand der Bourgeoisie mit der Drohung, daß unfehlbar der Generalstreik erklärt werden würde, gebrochen haben. Auch die Kraft der französischen Sozialdemokratie ist seit der Einigung gewaltig gestiegen. Jeder neue Tag beweist ihre wachsende Kraft und Energie. Ein noch viel größeres Faktum, das das Aufsehen der Welt auf sich gelenkt und die Taktik des Sozialismus beeinflußt hat, ist die vollständige Umwälzung der russischen Gesellschaft durch die Revolution. In diesem großen russischen Kampfe haben Sozialisten die Führung gehabt. Wir haben da neue Kampfformen entstehen sehen und wir sehen eine Kämpferin und Mitstreiterin um Rußlands Freiheit hier im Saale, deren Heldenmut wir huldigen, die Genossen Rosa Luxemburg. (Bravo!) Um Kraft zu gewinnen, müssen wir die Bewegungen des Proletariats vereinigen, sie einander anpassen. Denn das Wachstum des Sozialismus hat nicht nur die innere Verfassung der ein-

---

Ein Brief nach Schwaben.

.... Und darum, indem ich alle diesseits geäußerten schweren patriotischen Bedenken zusammenfasse, beschwöre ich Ew. Exzellenz, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um den anstößigen, gefährlichen und revolutionären Spektakel noch in letzter Stunde, wenn nicht zu verhindern, so doch in die gebührenden Schranken, zum mindesten aber von den Straßen und den Plätzen der schon durch die Erinnerungen an unseren großen vaterländischen Dichter Friedrich von Schiller geweihten schwäbischen Hauptstadt zu weisen.

Glauben Sie nicht, daß wir hier in Berlin den kleinlichen Polizeigeist besaßen sind. Meine Amtsvorgänger mögen ja manchmal zu weit gegangen sein. Aber seitdem mich die Gnade Seiner Majestät von der Stätte der reinen Vernunft nach der Reichshauptstadt versetzt hat, seitdem mein hoher Chef, der Reichskanzler, den liberalen Einschlag durch seine Blockpolitik energisch aber maßvoll zu fördern sich entschlossen hat, fühlen wir uns wahrlich von jeder polizeilichen Engherzigkeit frei. Soll ich Ew. Exzellenz erst darauf hinweisen, auf das von mir genehmigte Freibad am Wannsee bei Berlin, wo jeden Tag Tausende von Männern und Frauen (auch unverheiratete) vor aller Oeffentlichkeit sich ausziehen und miteinander im See baden. Ist eine größere Liberalität denkbar? Das ist die Sezession in der Moral, welche die bisherige Sezession der Geschlechter auflöst und ihre Gegenwart und Zukunft, auf und im Wasser liegend, sich frei entfalten läßt. Kann man weiter in der Modernität gehen?

Aber die Freiheit hat eine Grenze, das ist der Mißbrauch. Wir können nicht dulden, daß die internationale Politik von der Hauptstadt aus betrieben wird, aber ebensowenig von dem Volksfestplatz an der König-Karl-Brücke.

Bedenken, Ew. Exzellenz, den Eindruck, den es auf die Untertanen machen muß, wenn wir ihnen auf einmal gestatten, was bisher nur Fürsten und Staatsmännern eingeräumt war! Und muß nicht auch der Unterschied aufreizend wirken? Als die deutsche und die russische Majestät bei einander zu sein geruhten, da wurde fast ein ganzes Meer durch die zusammengezogenen vereinigten Mächte der Flotte, der öffentlichen und geheimen Polizei, der Armee abgesperrt. Auch die Paraden beim Empfang der englischen Majestät waren dort künstlich und tot. In Stuttgart aber soll internationale Politik in der Freiheit und Fröhlichkeit einer Weltkirmeß inszeniert werden, unter dem blauen Himmel, unter dem Jubel von Zehntausenden von Menschen, in aller Oeffentlichkeit. Wird solche Politik der natürlichen Gefühle dem Volke nicht schließlich besser gefallen? Werden sie sich nicht sagen, daß das viel heiterer, ehrlicher, fruchtbarer ist, und außerdem viel, viel billiger? Was brauchen sie noch Könige, Minister, Staatsmänner, Diplomaten, Offiziere, wenn sie sich selbst eine Weltregierung organisieren — ohne Zeremoniell, ohne Furcht, ohne Heuchelei, ohne Rivalität und Feindseligkeit — mit einem Worte: Revolutionär! Wir werden in demselben Augenblick überflüssig, wenn die Völker selbst sich ihre gewählten Botschafter schicken, wenn ihre Oberhäupter „Entrevuen" veranstalten und sie sich eigene internationale Gesetze, Verträge, Bündnisse schaffen. Sagen Sie selbst: erscheinen wir da nicht ein wenig lächerlich und allzu kostspielig, langweilig obendrein. Es ist somit das gemeinsame Interesse aller Höfe und Regierungen, ihr eigenes Existenzrecht nicht aufzuheben, indem sie die Demokratien gestalten, den experimentellen Beweis, daß es nicht nur ohne sie geht, sondern ohne sie auch viel besser, kurzweiliger, sparsamer.

Wir haben die Menschen und Völker im Laufe der Geschichte daran gewöhnt, daß der Widerspruch, das Unbegreifliche, der Unsinn, wenn Sie wollen, das Gesetz der Entwickelung ist. Seit Jahrhunderten hüten wir z. B. den Völkern das köstliche Gut des Friedens. Nachdem wir aber für den Völkerfrieden manifestiert, lassen wir sie neue Soldaten, Flinten, Kanonen, Panzerschiffe stellen und zahlen. Wenn aber die rote Internationale für den Völkerfrieden demonstriert, schwört sie hinterher, die Kriegswerkzeuge abzuschaffen, abzustumpfen. Wir rüsten den Krieg, weil wir den Frieden wollen. Jene Leute rüsten, weil sie den Frieden wollen, eben den — Frieden. Solche Konsequenz gewöhnt die Menschen ans einheitliche Denken, an Logik, an Vernunft — wenn wir gestatten, daß diese Aufklärung um sich greift; dann ist es mit dem Aberglauben an die mystische Macht des Widervernünftigen vorbei — und somit aus mit uns.

Ueberhaupt ist die internationale Freizügigkeit auf dem Gebiete der Politik den Untertanen nicht zu gestatten. Wir sind da leider schon zu weit entgegengekommen. Ich stelle Ew. Exzellenz anheim, auf dem Wege der Ausweisung die Gefahr zu bannen. Völlig unstatthaft erscheint hierorts aber die Duldung öffentlicher Kundgebungen. Die Straße muß nach wie vor uns gehören.

Ich will nicht unterlassen, noch darauf hinzuweisen, welche Bedrohung der deutschen Einheit in der Duldung derartiger Ausschreitungen liegt. Zwar glauben wir es verhindern zu können, daß Seine Majestät von den Stuttgarter Vorgängen hört; Herr Scherl hat sich verpflichtet, nichts darüber zu bringen. Glauben wir so, dem König und der Regierung von Württemberg persönliche Weiterungen ersparen zu können, so rechnen wir umso sicherer darauf, daß man nun auch unseren äußersten gemäßigten Forderungen unbedingt nachkommen wird.

Nicht ohne Grund klagt der preußische Adel über die [illegible] deutsche Zuchtlosigkeit, die immer mehr wächst. Die Maschine scheint sich wieder zum Abgrund der deutschen Einheit zu entwickeln. Die Staaten und Regierungen, die auf die Zersplitterung der deutschen Einheit hinarbeiten, werden es sich selber zuzuschreiben haben, wenn sie .....

* * *

Der Schluß des Briefes ist mir ebenso wie der Anfang nicht „auf den Tisch geflogen". Als ich aber auf dem Stuttgarter Bahnhof ein grün und rot geschmücktes Empfangsbureau für das Weltparlament des Umsturzes gewahrte, als ich auf den Straßen Fahnenmasten ragen sah, die den Weg zur Liederhalle — flatternde Pfadweiser der internationalen Revolution in nationalen Farben — wiesen, da ergänzte ich mir den Brief, den der neue Polizeiminister Preußens nach Schwaben geschrieben. Wehe der süddeutschen Zuchtlosigkeit! ....

Kurt Eisner.

Aus aller Welt.

Ein Polizeistückchen empörendster Art

mußten am Sonntag die Leipziger Holzarbeiter bei ihrem Ausflug nach Halle über sich ergehen lassen. Von den Halleschen Kollegen am Bahnhof begrüßt, begab man sich, wie die „Leipz. Volksztg." berichtet, durch die Promenaden nach dem neuen Volkspark, um von dort nach kurzer Rast den weiteren Ausflug anzutreten. Aber auf der Cröllwitzer Brücke traten die ersten Anzeichen preußischer Polizeischneidigkeit zutage. Einzelne von den nunmehr auf 1000 Personen angewachsenen Ausflüglern waren auch auf den linken Fußweg, auf dem sich zurzeit gar kein Verkehr abspielte, geraten. Hier griff nun der dort postierte Polizeikommissar Miehke ein. Männlein und Weiblein wurden beiseite gedrängt und ein Kollege, der nach hinten Anweisung gab, rechts zu gehen, entging nur mit knapper Not seiner Arretur. Diese Art des Herrn Kommissarius, mit dem Publikum zu verkehren, machte bei den Leipziger Kollegen — die Halleschen sind dies schon gewöhnt — einen recht peinlichen Eindruck. Jedoch der herrliche Weg durch den Auselgrund und der auf dem Berg sich bietende Blick hatten schnell diese Störung vergessen lassen und man schritt rüstig dem Wege nach der Dölauer Heide zu. Weit außerhalb von Halle, hinter dem Gestüt, erwartete die Ausflügler die Musikkapelle und für Musikbegleitung durch die Dölauer Heide war die Genehmigung vorhanden. Der Weg bis zur Heide ist eine Landstraße und man forderte die Musik auf, eins zu spielen, da man sich außerhalb des Stadtbezirks zu befinden glaubte.

Aber o weh, kaum war der erste Ton erklungen, da sah man weit drüben querfeldein in schnellem Lauf drei Gestalten erscheinen, die beim Herankommen sich als der uns schon be-

gelnen Länder, sondern auch die auswärtige Politik beeinflußt. Sogar bei internationalen Konflikten ist die Bourgeoisie schon vor dem Proletariat zurückgewichen. Ich erinnere nur an die Marokkoaffäre, wo der einige Wille des Proletariats beider Länder, Frankreich und Deutschlands, stark genug war, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Es entsteht nun die Frage, wie wir die jetzigen gewaltigen nationalen Kräfte der Sozialdemokratie zusammenfassen und zur Verhinderung der Kriegsgefahr benutzen könnten, auf welchem Wege wir das Intriguenspiel der Diplomatie und Kompotte der Herrschenden unmöglich machen können. Gewiß, Bebel hat nicht sagen wollen, daß Deutschland allein den Kampf gegen den Militarismus und die drohende Kriegsgefahr aufnehmen solle. Die deutsche Partei, in der idealistische und realistische Elemente so harmonisch vereinigt sind, müßte ihre ganze Vergangenheit verleugnen, wenn sie nicht mit uns gemeinsam den Kampf aufnehmen würde, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen suchen. Wie es den einzelnen Nationen am besten möglich ist, gegen den Krieg vorzugehen, muß ihnen überlassen bleiben. Das Eine aber muß gesagt werden, wir können uns nicht mit Agitation und Organisation allein begnügen. In dem ökonomischen Kampfe begegnet uns überall die militärische Macht des Gegners. Es besteht die Gefahr, daß die Bourgeoisie einen Weltkrieg nur entfesselt, um die proletarische Bewegung zu schädigen. Gegen diese Gefahr ist die persönliche Revolte Hervés ein Unsinn. Sie würde zu nichts anderem führen als zu den heroischen Opfern der tüchtigsten Kämpfer. Wir müssen den Staat entwaffnen, das Heer demokratisieren und die auswärtige Politik kontrollieren. Die Nationen sind nicht nur nützlich, sondern sogar notwendige Elemente der menschlichen Entwickelung. Bei leichteren Konflikten genügen Versammlungen und Resolutionen, um die Kriegsgefahr zu bannen. Bei drohenden Konflikten zwischen Großmächten müssen stärkere Mittel angewandt werden und eine Reihe dieser Mittel wollen wir nun hier in einer Resolution zusammenstellen, über deren Wortlaut wir uns verständigen können und verständigen müssen. Dann soll man in allen Ländern mit Entschiedenheit und Begeisterung das Klassenbewußtsein der Arbeiter steigern und wo es nicht vorhanden ist, zu wecken suchen. (Lebhafter Beifall.)

Jaurès-Paris

wäre bereit, zunächst einem Gegner der Resolution Vaillant das Wort abzutreten. Es meldet sich jedoch niemand, und so fährt er fort: Die Resolution Vaillant deckt sich mit der Resolution, die auf dem letzten französischen Parteitage mit Mehrheit gefaßt worden ist. Wenn wir sie hier hintereinander durch zwei Redner verteidigen lassen, so einmal, weil wir dem Gegenstand der Tagesordnung eine gewaltige Bedeutung beimessen, und sodann, weil man es auf dem Amsterdamer Kongreß mir übertragen hat, meine Gedanken über die anzuwendenden Mittel niederzulegen. Ich war stets und bin heute noch bewußter Anhänger einer Politik der Aktion durch die politische Partei. Wenn ich Hervé bekämpfe, so geschieht es nicht, weil ich überhaupt keine Aktion will, sondern weil ich die Mittel, deren sich Hervé bedient, für falsch halte. Ihr habt uns in Amsterdam geeinigt und habt gesagt, die Einigkeit sei die Voraussetzung für eine mächtige Entwickelung des französischen Sozialismus. Nun seid nicht mißgünstig, wenn in dieser Frage der Aktion wir Franzosen das Primat der Lehre für uns in Anspruch nehmen. (Hervé: Ich auch für mich!) Wenn Hervé übrigens gestern die deutsche Partei in stachligen Redensarten zu kritisieren gesucht hat, so hat er nur gezeigt, daß er ein echter Internationaler ist. Denn sonst hat er jahraus jahrein diese Angriffe gegen die französische Partei gerichtet. (Heiterkeit.) Wenn ich jedes Mal, als Hervé mich angriff, einen Schmiß bekommen hätte, ich, sähe aus wie ein deutscher Korpsstudent. (Große Heiterkeit.) So weit auseinander Bebel und Hervé auch gehen, in einem stimmen sie überein. Bebel schätzt Hervé fast so hoch ein, wie Hervé sich selbst. (Heiterkeit.) Das ist eine Ueberschätzung. Der Hervéismus, der noch vor 14 Monaten auf dem Parteitag in Limoges eine Anhängerschaft hatte, ist im Rückgang, im Aussterben begriffen. Das Vaterland will Hervé zerstören. Wir wollen das Vaterland zum Nutzen der Proletarier sozialisieren durch Ueberführung der Produktionsmittel in das Eigentum aller. (Beifall.) Denn die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stände dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern. (Sehr gut!) Unsere Resolution hat mit dem Hervéismus nichts zu tun. Sie ist nicht zufällig als Hirngespinst einiger Träumer entstanden, sondern mit Notwendigkeit herausgewachsen aus den großen Krisen nach Faschoda und der Marokkogefahr, die wir durchgemacht haben. Da muß sich das Proletariat fragen: Sollen wir diese Verbrechen gegen die Humanität, die zu Gunsten einiger Kapitalisten gemacht werden sollen, dulden? Sollen wir sie nicht bekämpfen durch die große Allianz der gewaltigen organisierten Arbeitermassen? Ist das ein Traum, ist das eine Utopie? Einst mochten nationale Vorurteile den Krieg unvermeidlich machen, als Italien sich von Oesterreichs Fremdherrschaft befreite und Deutschland sich nur durch Blut und Eisen einigen konnte. Aber jetzt sind diese nationalen Vorwände verschwunden und so kam es, daß in der Marokkokrise der erste Gedanke der französischen und deutschen Proletarier war, sich zu einigen. Schon nach Faschoda waren englische Trades Unions zu einer machtvollen Friedensdemonstration nach Paris gekommen, aber erst, nachdem die Kriegsgefahr längst überwunden war. Und sie sagten uns, daß die Gefahr des proletarischen Brudermordes sie überrascht hätte. Sollen wir uns auch in Zukunft überraschen lassen? O nein, es gilt vorbeugen, die proletarischen Kräfte zu einer unüberwindlichen Armee zusammenzufassen. Man sagt, der Kampf gegen den Krieg sei umsonst, denn der Kapitalismus erzeuge den Krieg mit Notwendigkeit. Aber genau so hat der Kapitalismus die permanente Tendenz, die Ausbeutung ins Ungemessene zu steigern und die Arbeitszeit ins Ungemessene zu verlängern. Und doch kämpfen wir für den Achtstundentag und mit Erfolg. (Sehr gut!) Man wendet weiter ein, wir sollten lieber unerbittlich den Kampf gegen den Kapitalismus führen, den Erzeuger des Krieges. Wir lassen nicht nach im Kampfe gegen das Kapital. Aber wenn wir den Klerikalismus bekämpfen, der die Hirne der Arbeiter dem ausbeutenden Kapitalismus ausliefert, so müssen wir auch den Militarismus, den Krieg bekämpfen, der die Leiber des Proletariats in Chauvinismus, Haß und Zorn einander entgegenwirft. (Lebhafter Beifall.) Es wäre traurig, wenn wir nicht mehr sagen könnten als Bebel, daß wir kein bestimmtes Mittel wissen, um die Völkerverhetzung und den Völkermord zu verhindern, traurig, wenn die gewaltig gestiegene Macht der deutschen Arbeiterklasse, des internationalen Proletariats nicht weiter reichte! In keiner Frage begnügen wir uns mehr mit der parlamentarischen Aktion. Das Proletariat will selber als Spieler auf die Bühne treten, selbst Spieler des eigenen Glückes sein. Auch zur Verhütung und Unmöglichmachung des Krieges muß das Proletariat alle Kräfte freimachen, die es in seinen gewaltigen Massen hat. (Bravo!) Bebel hat für den Fall des Wahlrechtsraubes den Massenstreik angekündigt und der Parteitag von Jena war so revolutionär entschlossen, daß Bebel sich schon bis zu den Knien im Blute waten sah. (Heiterkeit.)

Kautsky hat die direkte Aktion in der „Neuen Zeit" für den Fall proklamiert, daß die deutschen Truppen in Rußland zu Gunsten des Zaren intervenieren sollen. Bebel hat diesen Satz von der Tribüne des Reichstags aus wiederholt. Wenn Sie das sagen können, so sagen Sie es doch bei allen internationalen Konflikten. (Sehr gut!) Gewiß, das militärische Eingreifen Deutschlands zu Gunsten des Zaren gegen die russische Sozialdemokratie wäre die äußerste, denkbar schärfste Form des Klassenkampfes. Aber wenn eine Regierung nicht direkt gegen die Sozialdemokratie zu Felde zieht, sondern erschreckt durch das Wachstum des Sozialismus eine Diversion nach außen versucht, wenn auf diese Weise ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland entsteht, dürfte es dann erlaubt sein, daß das französische und das deutsche Proletariat sich im Auftrage und zum Nutzen der Kapitalisten morden, ohne daß die Sozialdemokratie eine äußerste Kräfteanstrengung versucht hätte? (Sehr gut) Wenn wir dies nicht versuchten, werden wir entehrt (Stürmischer Beifall). Bebel hat uns die Gefahren der antimilitaristischen Agitation in Deutschland geschildert. Wir wollen gewiß nicht riskieren, den stärksten Zweig des internationalen Sozialismus zu zerstören, aber ich glaube, daß wir übertreiben. Ihr habt ja die Probe gemacht unter dem Sozialistengesetz, als die Hand eines Mannes auf Euch ruhte, die zehnmal fester war, als die irgend eines preußischen Ministers. Man kann den Einzelnen die Strenge des Gesetzes fühlen lassen, aber man kann nicht die Kraft von drei Millionen brechen. Liebknecht wirft man in der Anklage, die jetzt vor dem Reichsgericht gegen ihn schwebt, nicht vor, daß er das Proletariat zur Bewaffnung aufgerufen habe für irgend eine unbestimmte und ungenannte Kriegsgefahr, sondern die Anklage erklärt bei der angeblichen Schwäche der französischen Staatsverfassung einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich für durchaus wahrscheinlich und klagt ihn des Hochverrats für den Fall dieses Krieges an. Also müßt Ihr auch diese Möglichkeit ebenso in den Bereich Eurer Betrachtung ziehen, wie eine Inversion Deutschlands nach Rußland und dafür Eure Vorbereitungen treffen. Die bürgerlichen Blätter besprechen jetzt alle die Eröffnungssitzung dieses unseres Kongresses. Der „Matin" bringt in einer sensationellen Nummer die Bilder von uns allen und alle mit der Umschrift: Nationale Sozialdemokraten, nur mich und meine französischen Freunde mit der Umschrift: „Antinational Sozialdemokraten"! (Große Heiterkeit). Und an dem gleichen Tage bringt ein Leipziger Kapitalistenblatt die Mitteilung, daß unter Internationalistischer Resolution die Resolution Bebel die einzig antinationalistische hier sei (große Heiterkeit). Nun, so halten es im tiefsten Frieden die Boulevardblätter. Wenn aber ein Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich ausbräche, wie würde dann die chauvinistische Brutalität ziellos gegen jeden von uns entfesselt werden, auch gegen die Klügsten und Besonnensten von uns. Es ist unsere Aufgabe der Bourgeoisie zu sagen, daß wir die Unverletzlichkeit eines jeden Landes anerkennen und es nicht der Ausbeutung und Unterdrückung von Fremden preisgeben werden, daß wir aber keineswegs zugeben werden, daß internationale Proletariat hinschlachten zu lassen. Im deutschen Parteiprogramm steht seit 30 Jahren die Forderung von der Entscheidung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte und jetzt hat die bürgerliche Klasse angesichts der steigenden Macht der Sozialdemokratie diese Forderung des internationalen Sozialismus zu ihrer Forderung gemacht. Deshalb verspotte sie die Friedensdemonstration nicht, besonders nachdem sie im Falle eines Konfliktes und bei dem Marokko-Konflikt doch eine Art Verständigung herbeigeführt hat.

Wir können jede Regierung in die größte Verlegenheit bringen, wenn wir sie im Falle eines internationalen Konfliktes auffordern, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, und sie als größte Feindin des Weltfriedens brandmarken, wenn sie sich dessen weigert. (Sehr gut). Parteigenossen, die ganze bürgerliche Welt blickt auf diese Beratung, sie ist überrascht durch die Kraft des internationalen Sozialismus und sein Wachstum, das sich in diesem Kongreß kundgegeben hat. Die bürgerliche Klasse ist überrascht zu sehen, welch unermeßliche und unerschöpfliche proletarische Kräfte durch 880 Delegierte hier vertreten sind. Die bürgerliche Welt existiert, und in diesem Augenblick wollen Sie selbst sich unfähig bekennen, wollen Sie selbst den Bankrott der Sozialdemokratie erklären! (Stürmischer, lang anhaltender, oft wiederholter Beifall.)

* * *

Der Bericht vom Frauenkongreß erscheint in der morgigen Nummer.

* * *

Letzte Nachrichten.

Rosa Luxemburgs deutsches Mandat wurde, nach Meldungen bürgerlicher Blätter, vom internationalen Sozialistenkongreß, obgleich Bebel und Klara Zetkin für sie eintraten, mit erdrückender Mehrheit für ungültig erklärt. — Da Genossin L. Mitglied des internationalen Bureaus ist, hat dieser Beschluß nur formale Bedeutung.

Eine telephonische Meldung der „Leipziger Volkszeitung" sagt darüber: Die deutsche Delegation des Internationalen Sozialistischen Kongresses erklärte trotz Bebels Verteidigung die sächsischen Mandate der Genossinnen Luxemburg und Lewinsohn (Dresden) für ungültig, weil nach dem sächsischen Parteistatut Frauen und Männer gemeinsam organisiert sind und somit die Frauen nicht das Recht zu einer besonderen Delegation hätten.

Von Scherzen aufgefangen. Aus Warschau meldet uns ein Telegramm: Ein hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei wurde auf dem Wege zum internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart an der Grenze verhaftet. Es wurde bei ihm (furchtbares Verbrechen!) ein Jahresbericht in 4 Sprachen über die Tätigkeit der Partei gefunden.

Eduard Bernstein mit dem Klemmer. Bürgerliche Blätter lassen sich aus Paris telegraphieren: Der Pariser „Matin" bringt ein großes Tableau der in Stuttgart vereinigten Sozialistengeneräle. Auch den Namen Bernstein liest man. Aber vergleicht man das Klischee, so sieht man an Stelle „Ebes", des bärtigen, bebrillten Gelehrten einen Wellmann mit scharfem Blick hinter dem Kneifer und wohlgepflegtem Schnurrbart. Der „Matin" hat aber einen Haifisch erwischt. Er schildert den Justizrat Dr. Max Bernstein aus München, den zufriedenen Dichter von „Herthas Hochzeit", den Schöpfer des „Onkel Rosenthal" und Verfasser der „Kralle".

Der nächste Kongreß. Wie der „Fränk. Tagespost" von Stuttgart geschrieben wird, ist als Ort des nächsten internationalen Kongresses Kopenhagen in Vorschlag gebracht.

Partei-Angelegenheiten.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Essen und der Bericht unserer Reichstagsfraktion sind heute erschienen. Wir werden mit dem Abdruck der Berichte sofort nach Schluß des internationalen Kongresses beginnen.

Zum dritten Male! Die Blätter melden: **In reußischen Dorfe Hohenölsen wurde der zum dritten Male mit großer Majorität wiedergewählte Gemeindevorsteher Herzog abermals von der Greizer Regierung nicht bestätigt. Die Nichtbestätigung erfolgte wegen der ausgesprochen sozialdemokratischen Gesinnung des Genannten. Wahrscheinlich wird nun die Regierung von ihrem Rechte Gebrauch machen und von Amtswegen einen Gemeindevorsteher ernennen.**

Von der Parteipresse. Für unser neues Darmstädter Organ wurde Genosse Quessel-Stettin als Redakteur vom 1. Oktober ab gewählt.

Protestaktion der finnländischen Sozialdemokratie. Infolge der Vorstellung der Haupteisenbahnverwaltung Finnlands beim Senat, den „Finnländischen Eisenbahnerverband" aufzuheben, hat das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Finnlands alle Parteiorganisationen aufgefordert, allerorts Protestversammlungen gegen dieses Attentat auf die bürgerlichen Freiheiten zu organisieren. Am 11. August haben denn auch in Wyborg und anderen Städten Protestversammlungen stattgefunden, welche von Sozialdemokraten organisiert wurden.

---

kannte Herr Kommissarius der achten Bezirkswache und zwei Polizisten entpuppten. Der Kommissarius rannte wütend vor die Spitze der Ausflügler. Ohne ein Wort zu sagen, riß er den Degen heraus, und schreiend forderte er im Namen des Gesetzes auf, auseinanderzugehen zum ersten, zum zweiten, zum dritten Male. Die eiserne Disziplin der Leipziger Arbeiter bewährte sich glänzend. Der Aufforderung, ruhig weiter zu gehen, folgte alles, aber dies schien dem Herrn Kommissar nicht zu passen. Jetzt riß er einen nach dem anderen heraus und ließ die Leute einfach abführen. Als er sah, daß nicht genügend Polizei anwesend war, wurden die Stallknechte des Gestüts herangeholt. Der Genosse Gericke, Bevollmächtigter der Leipziger Holzarbeiter trat an den Herrn Kommissarius heran und wollte eine Erklärung für das unbegreifliche Vorgehen. Trotzdem er die volle Garantie für die Aufrechterhaltung der Ruhe auf sich nahm und gleichzeitig einwandfreie Legitimationspapiere für seine Person vorzeigte, wurde auch er ohne ein Wort dem Schutzmann übergeben und fort ging es zur Wache. Da sah man es den Ausflüglern an, daß die Geduld auf eine harte Probe gestellt war, aber den Worten Gerickes: „Seid ruhig, ich bin bald wieder da!" wurde ohne weiteres Folge geleistet. Der Herr Kommissar zerstach zweien die Beinkleider und man kann von Glück sprechen, daß ernstliche Verwundungen nicht vorgekommen sind. Die Opfer waren vier Verhaftete und zwei an den Kleidern Verletzte. Endlich kam der Kommissar und als weiterer Ausflug der Kapellmeister. Sofort eröffnete der Herr, wer sich genügend legitimiert habe, könne gehen. Dies traf nun nur für den Genossen Gericke zu, welcher nunmehr erst die Gründe für seine Sistierung wissen wollte. Die Teilnahme an einem „verbotenen" Zuge sei der Grund für alle, wurde ihm eröffnet. Es gelang noch durch die Bürgschaft, die Genosse Gericke für die übrigen übernahm, diese der preußischen Freiheit wieder zuzuführen. Zum Abschied bemerkte der Herr Kommissar: Wenn die Herren wieder nach Halle zurückkehren und es herrscht nicht die nötige Ordnung, dann werde er barbarische Strenge anwenden. Da mit diesem Manne jede weitere Auseinandersetzung zwecklos schien und nur für den einzelnen weitere Nachteile haben konnte, wurde dem Herrn nur bedeutet, daß man den „Gebrauch" seiner Amtsgewalt weiter erörtern würde. Von den Freunden unter hundertfachem Jubel begrüßt, konnten die Opfer der Hallischen Polizeiorgane noch einige Stunden die Gastfreundschaft der Hallenser Arbeiterschaft genießen.

Ganz wie in Breslau! Gestern vor einem Jahre haben in Nürnberg zwei Kugeln aus dem Revolver des Arbeitswilligen Thiel von den Unionwerken in der Regensburgerstraße den Genossen Fleischmann niedergestreckt. Der Arbeitswillige Thiel wird trotz der gegenteiligen Polizeiansicht immer noch als Mörder betrachtet und heute wie damals findet es die Oeffentlichkeit höchst sonderbar, daß man den Thiel nach 2- oder 3tägiger Untersuchungshaft laufen ließ und ihn bis heute noch nicht gefunden hat.

Angesichts des Falles Thiel wird man, so bemerkt die „Fränk. Tagespost" dazu, immer wieder erinnert an die Worte des Ersten Staatsanwalts Ziegler im Schwurgerichtssaal zu Nürnberg:

„Wer den Glauben an die Gerechtigkeit untergräbt, der untergräbt das fundamentum regnorum: die Grundlage der Reiche."

Neues zum Fall Hau. Aus dem Erpressungsbrief des Herrn v. Lindenau zitiert Rechtsanwalt Dr. Zeßler in Baden-Baden in einer Broschüre, die er über den Fall Hau geschrieben hat, folgende Stellen:

„Ich will hier nicht meine Ansicht aussprechen, welches die Beweggründe Ihrer furchtbaren Tat gewesen sein können, ob Sie die Mitwisserin eines unter Umständen gefährlichen Geheimnisses, die Ihnen auch aus anderen Gründen zur Verwirklichung gehegter Zukunftspläne hindernd im Wege stand, beseitigen wollten, oder ob Sie dem hervorragend Geliebten den Beweis Ihrer Zuneigung zu erbringen beabsichtigten, dann später aber, als Sie sich die entsetzlichen Folgen Ihrer Tat klar machten, diese einzugestehen nicht mehr den Mut fanden, und lieber den Geliebten opferten. — — Für mich ist heute als leidenschaftlich Verliebter die Tatsache maßgebend, daß ich nicht daran denke, Sie zu verraten, hoffend, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, wo auch Sie mich durch Ihre Liebe und dann auch selbstverständlich durch Ihre Hand für mein Schweigen belohnen werden."

Dieser Brief läßt die Handlungsweise des Lindenau allerdings in seltsamem Lichte erscheinen.

Ermordet und beraubt. In Königsberg in Ostpreußen ist ein Mord verübt worden. Die Prostituierte Krause wurde gestern Nacht ermordet und ihrer Wertgegenstände beraubt. Der Täter ist nicht ermittelt.

Museumsdiebstahl. In der Nacht zum Dienstag ist im königlichen Mineralogischen und Geologischen Museum in Dresden ein schwerer Einbruch verübt worden. Der Täter wurde von Museumswärtern entdeckt und flüchtete barfüßig aus dem Museum. Obwohl der Museumsdieb mitten in seiner Tätigkeit überrascht wurde hatte er doch reichliche Beute davongetragen. Es sind in seine Hände gefallen: 33 große Diamanten bis zur Größe einer starken Erbse, 8 mittelgroße Stücke gediegenen Goldes, viele wertvolle Edelsteine, besonders Saphire, Smaragden, auch Platin ꝛc. Die Glaskasten waren zertrümmert worden. Die Kriminalpolizei hat zur Ermittelung des Täters eine hohe Belohnung ausgesetzt. Sämtliche Juwelierläden werden von Kriminalbeamten überwacht.

Ueberfall im Coupee. In einem Eisenbahnabteil wurde während der Nachtzeit eine Frau Hause aus Großlichterfelde überfallen, die sich in Begleitung ihres Bruders in einem Abteil 3. Kl. des Hamburg—Berliner Schnellzuges auf der Rückreise von Hamburg befand. In dem betreffenden Abteil machte sich ein Mann durch auffallendes Beobachten der beiden Personen verdächtig. Der Bruder der Frau hatte sich zum Schlafen hingelegt. Kurz vor der Station Ludwigslust sprang der Fremde auf Frau Hause zu und würgte sie. Der Bruder wurde durch den Aufschrei der Schwester wach und rang den Angreifer zu Boden. Inzwischen wurde die Notbremse gezogen und der Zug zum Stehen gebracht. Der Täter konnte nur mit vieler Mühe auf dem Bahnhof Ludwigslust aus dem Zuge befördert werden. Bereits vor der Station hatte sich ein auch mit in dem Abteil befindlicher Mann aus dem Zuge entfernt und die Flucht ergriffen. Anscheinend handelt es sich um den gemeinschaftlichen Plan zweier Verbrecher.

Die Cholera in Rußland. Die russische Antipestkommission macht bekannt, daß in Sfamara am 14. August acht Personen an der Cholera erkrankt und zwei Personen gestorben sind. Seit Ausbruch der Epidemie erkrankten 142 und starben 38 Personen. Im Dorfe Melekossa, Kreis Stawropol, sind in der Zeit vom 6. bis zum 14. August neun Cholerafälle registriert worden, davon acht mit tödlichem Ausgange. In Sysdran erkrankte am 14. August an der Cholera ein aus Astrachan eingetroffener Arbeiter. In Astrachan kamen am 15. August sechs Choleraerkrankungen und drei Todesfälle infolge von Cholera vor. Bisher wurden in Astrachan 31 Erkrankungen an der Cholera registriert, neun davon mit tödlichem Ausgange. Im Gouvernement Simbirsk wurden am 11. und 12. August im Zuge der Moskau-Sysdraner Bahn je ein choleraverdächtiger Fall festgestellt.

In Sfamara sind 10, in Astrachan 12 neue Cholerafälle vorgekommen. In den Dörfern längs der Wolga greift die Epidemie um sich. Mit Rücksicht auf die vergrößerte Gefahr sind in Penza, Twer und den Hafenorten der Wolga besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Für seine Mutter zum Mörder geworben. Aus Kaschau (Ungarn) wird gemeldet: In Holovnaza hat der elfjährige Bauernknabe Stephan Kertos seinen eigenen Vater mit einer scharfen Hacke erschlagen. Das Motiv der Tat war, daß der Vater die Mutter oft schwer mißhandelte.

Ein Meteor. Aus Long-Island wird berichtet, daß in der Nähe des Ufers ein ungeheurer Meteor niedergegangen sei. Die durch den Fall verursachte Welle riß mehrere am Lande stehende Zelte mit sich fort. Eine große Anzahl von Personen konnte nur mit großer Mühe vor dem Ertrinken gerettet werden.

Arbeiterbewegung.

Die österreichischen Südbahnbeamten drängen zur passiven Resistenz. Die in den südlichen Ortsgruppen des Oesterreichischen Eisenbahnbeamtenvereins organisierten Südbahnbeamten drängen zur Aufnahme der passiven Resistenz. Sie wollen unter allen Umständen die Manövergeit zur Einsetzung mit der passiven Resistenz benützen. Es fand deshalb eine Konferenz des Exekutivausschusses der Südbahnbeamtenschaft statt, zu welcher ein Funktionär der Zentrale Wien entsendet worden war. Die Zentrale ist der Ansicht, daß, im Falle in der Zeit der Manöver mit der passiven Resistenz begonnen werden sollte, die Eisenbahner der Sympathien, die ihnen von der Bevölkerung in dem Lohnkampf entgegengebracht werden, verlustig würden. Eine Verhinderung der Manöver wäre unmöglich und auch untunlich. Während der Manöver mit der passiven Resistenz zu beginnen, hätte keinen praktischen Wert. Sie hätte höchstens zur Folge, daß die Truppen marschieren müßten, anstatt fahren zu können. Weiter wolle die Zentrale die passive Resistenz auf den Personenzugsverkehr garnicht ausdehnen. Die passive Resistenz soll vielmehr in eine Zeit verlegt werden, wo erfahrungsgemäß die Dauer eines solchen Zustandes eine äußerst kurze wäre, nämlich auf die Zeit der großen Warentransporte.

Die versammelten Experten der Beamtenschaft pflichteten schließlich der Anschauung der Zentrale bei.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. August.

Geschichtskalender.

21. August.

1835 Der spanische Dichter Lope Felix de Vegar Carpio in Madrid †.
1838 Der Dichter Adelbert von Chamisso in Berlin †.
1906 Bülow flieht vor Podbielski in die Oeffentlichkeit.

* **Von der nächtlichen Unsicherheit in den Straßen unserer Stadt** ist schon wieder ein Fall zu melden. In der Nacht von Sonntag zu Montag gegen 1 Uhr überfielen auf der Gräbschenerstraße (Ecke Friedrichstraße) ungefähr fünf bis sechs Männer vier junge Leute, die friedlich auf der anderen Seite der Straße standen, und mißhandelten sie furchtbar, so daß einer der Ueberfallenen, der starke Blutwunden am Kopfe erhalten hatte, zur Anlegung von Verbänden nach dem Elisabethiner-Krankenhause gebracht werden mußte. Ueber den Vorfall erhält die „Bresl. Morgenztg." von einem Augenzeugen folgende Darstellung:

Von den vier jungen Leuten, die sich ruhig verhielten, wurden auf einmal zwei von zwei Rowdies von hinten angefallen und zu Boden geschlagen; der dritte erhielt mit einem harten Gegenstande mehrere Schläge über den Kopf, so daß er zahlreiche heftig blutende Wunden davontrug. Der vierte entging dem gleichen Schicksal. Denn jetzt nahte ein Schutzmann, der den jungen Leuten zu Hilfe eilte. Die Rowdies, die dies sahen, versuchten jetzt zu entkommen, wurden aber durch den Schutzmann und einen Unteroffizier, der gerade des Weges kam, aufgehalten. Nach Feststellung der Personalien wurden sie leider wieder entlassen, anstatt, wie sich's für solche Sorte gehörte, hinter Schloß und Riegel gesetzt zu werden.

Die Unsicherheit, über die wir in der letzten Zeit öfters schon zu klagen gehabt hatten, liegt nicht etwa daran, daß wir in Breslau uns nicht eines starken Schutzmannskorps erfreuen. Oh, im Gegenteil! Aber die Schutzmannschaft wird eben zu einem guten Teil von anderen Dienstleistungen, wie Ueberwachung von Versammlungen, Absperrungen usw. in Anspruch genommen. Und über seine Kraft kann dann eben auch ein Königl. Preußischer Schutzmann nicht hinaus. Daß etwa in jener Sonntagnacht der Mangel an Schutzleuten nur deshalb auf der Gräbschenerstraße eingetreten ist, weil für den zu diesem Revier gehörenden Kinderfreund Drong nach seiner Verhaftung ein Ersatz noch nicht geschaffen werden konnte, das können wir doch nicht gut annehmen.

---

68 Häuser abgebrannt. Im Pfarrdorf Darmsheim bei Böblingen brach gestern früh Großfeuer aus. Bis Abends waren 68 Häuser abgebrannt, darunter das Pfarrhaus. Die Kirche steht in Flammen. Die Löscharbeiten sind durch den Wassermangel sehr erschwert.

Ein weiteres Telegramm meldet uns: Der durch das Feuer angerichtete Schaden wird auf eine Million Mark geschätzt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen, dagegen ist viel Vieh, Mobiliar und bares Geld in dem Feuer verbrannt. Die Versicherung des zerstörten Inventars ist nur mangelhaft, namentlich waren die großen Erntevorräte nicht versichert. Es sind über 60 Häuser abgebrannt. Die Obdachslosen fanden bei den übrigen Ortsbewohnern Aufnahme.

Bergwerksunglück in China. Von Tsingtau ist die Drahtnachricht eingegangen, daß in der Sangtse-Grube, anscheinend infolge von Selbstentzündung von Sprengstoffen, in einem unterirdischen Aufbewahrungsraum eine schwere Explosion stattgefunden hat, wobei zwei deutsche Vorarbeiter und 110 chinesische Bergleute ihren Tod fanden und fünf schwer verletzt wurden. Die Schächte und Wetterwege sind unversehrt geblieben, so daß dem Telegramm zufolge binnen einer Woche der Betrieb wird voll wieder aufgenommen werden können, falls dann die chinesischen Arbeiter wieder in genügender Zahl einfahren.

Vornehme Groß-Gauner. Nach Mitteilung des „Nap" bildet eine Skandalaffäre den Gesprächsstoff in Budapester Finanzkreisen. Danach haben der Generaldirektor der Zentral-Vorschußbank Dr. Eugen Heltai und der Direktor Amigel Szende 400 auf Kommittenten der Bank gefälschte Wechsel im Betrage von einer halben Million Kronen in den Verkehr gebracht. Durch Nerklompte sind sechs hauptstädtische Finanzinstitute geschädigt. Die genannte Bank kämpfte schon lange mit Schwierigkeiten.

Kleine Chronik. In der Nähe von Dachau wurden drei Soldaten des 14. Chevauxlegerregiments von ihrem Quartierwirt aus geringfügiger Ursache angeschossen. Einer von ihnen wurde gefährlich verletzt. — Aus Zwickau wird berichtet: Beim Spielen an der Mulde ist das vier Jahre alte Töchterchen des Tiefbau-Unternehmers Hofmann ins Bockwa in Wasser gefallen und ertrunken. — Infolge Genusses unreifen Obstes sind in Gaudorf bei Chemnitz fünf Kinder gestorben. — Der „Essener Volkszeitung" wird aus Borbeck geschrieben: Gestern Nachmittag verfolgte auf der Schillstraße ein Bergmann mehrere Mädchen im Alter von 10 bis 17 Jahren. Als diese flüchteten, schoß er mit einem Revolver auf sie und verletzte ein 11jähriges Mädchen durch 2 Schüsse am Unterschenkel. Der Täter wurde verhaftet. — Der „Magdeb. Ztg." zufolge, geriet auf dem Rangierbahnhofe in Magdeburg ein Rangierarbeiter zwischen 2 Eisenbahnwagen und wurde derartig verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Die „Köln. Ztg." schreibt aus Düren: In der Fabrik zu Röhlsdorf wurde ein Monteur beim Berühren des Hochspannungs-Apparates getötet. — Ein 5jähriges Kind fiel in Düsseldorf in einen heißen Maschinenkessel und verbrannte.

Der Schutzmann als Automatenknacker.

In der Zeit vom 29. Mai bis zum 24. Juni sind in Breslau bei Nacht nicht weniger als neun Einbrüche in Restaurationen vorgekommen. Die Türen wurden durch falsche Schlüssel geöffnet, die in den Restaurationsräumen befindlichen Automaten erbrochen und ihres Inhalts beraubt, Ladenkassen wurden erbrochen und ausgeräubert und schließlich waren auch, je nach dem, Würste, Fleischstücke, ganze Schinken, einzelne Zigarren wie ganze Kisten, Flaschen mit Champagner und sonstigen Weinen und Likören, ein Revolver, zwei Glasschneider usw. mitgenommen worden. Schließlich wurde in der Nacht zum 24. Juni ein Mann gesehen, der in Strümpfen, die Stiefel in der Hand, aus einem Fenster der Restauration von Henschel auf der Herrenstraße herausgestiegen kam. Er wurde verfolgt und eingeholt. Seine Personalien wurden als die des früheren Schutzmannes Franz Ehrenheim festgestellt und eine Untersuchung seiner Taschen ergab, daß er 2 Dietriche und eine Art Brecheisen bei sich führte. In einer der äußeren Jacketttaschen wurden 19.80 M. in Zehnpfennigstücken gefunden, und am anderen Tage stellte sich heraus, daß in jener Nacht in der betreffenden Restauration ein Automat um den gleichen Betrag geplündert worden war. Nun wurde in der Wohnung des Ehrenheim eine Haussuchung vorgenommen. Dabei wurden eine ganze Anzahl der verfänglichsten Dinge gefunden. Portemonnaies, wie sie bei einzelnen Einbrüchen mit fortgenommen worden waren, die Schnur von einem bereits verzehrten geräucherten Schinken, leere Champagner-, Wein- und Likörflaschen, Zigarren, eine erbrochene Geldbüchse aus Blech, die beiden Glasschneider, ein Revolver usw. Ehrenheim, der in der Nacht nach Feststellung seiner Personalien wieder entlassen worden war, wurde nun verhaftet. Die bestohlenen Restaurateure erkannten in den beschlagnahmten Gegenständen sofort ihr Eigentum wieder.

Am Dienstag stand Ehrenheim nun vor der Strafkammer. Gefesselt wurde er vor die Schranken des Gerichts geführt, aber auf Anordnung des Vorsitzenden dann entfesselt. Er war seit 1903 Schutzmann und wurde im Januar ohne Pension entlassen, weil sich herausstellte, daß er vollkommen verschuldet war. Seitdem war er ohne Beschäftigung. Sich ehrlich um Arbeit zu bemühen, fiel ihm nicht ein, dagegen versuchte er an einem anderen Orte wieder als Schutzmann anzukommen. Seine Frau war mit ihren beiden kleinen Kindern zu ihren Eltern in Ostpreußen zurückgekehrt. Sonst zeigte sich Ehrenheim von einer mehr wie eigenartigen Wahrheitsliebe. Er log und stritt alles ab. In jener Nacht, als er verhaftet wurde, wollte er nicht aus dem Fenster der Restauration gekommen sein, sondern sich von zwölf bis drei Uhr bei einem in jener Gegend wohnenden Freudenmädchen aufgehalten haben. Die beschlagnahmten Gegenstände wollte er alle „schon lange in seinem Besitz" haben, über ihre Herkunft wußte er aber nichts zu sagen. Es folgte dann eine längere stille Konferenz zwischen ihm und seinem Verteidiger. Letzterer mochte ihm eindringlich vor Augen geführt haben, daß bei einem Leugnen die mildernden Umstände sicher in Fortfall kommen müßten. Alsdann bequemte er sich, nach und nach sieben Einbrüche zuzugestehen. Es waren das diejenigen, die zweifellos bewiesen worden wären. Zwei Einbrüche leugnete er und aus der Beweisaufnahme ging dann auch nicht mit ausreichender Bestimmtheit hervor, daß er sie begangen hätte.

Der Staatsanwalt beantragte vier Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, wobei der Vorsitzende erklärte, das Gericht sei sich sehr im Zweifel darüber gewesen, ob dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt werden könnten und lediglich aus diesem Zweifel heraus habe es zu Gunsten des Angeklagten entschieden und ihm die mildernden Umstände zugebilligt. So wären für jeden der sieben Einbrüche sechs Monate Gefängnis in Einsatz gebracht worden, während bei Verweigerung mildernder Umstände für jeden Fall die Mindeststrafe ein Jahr Zuchthaus gewesen wäre.

---

* **In der Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung** vom 16. d. M. wurden 25 Streitsachen verhandelt. Meistens waren es Anträge der Textilberufsgenossenschaft gegen arme Weber und Weberinnen auf Entziehung der Rente. Es waren Fälle, die bis zehn Jahre zurückliegen, größtenteils Finger- und Armverletzungen, die ja nur gering entschädigt werden. Die kleine Rente bildet trotzdem für die Aermsten aus dem Eulengebirge eine unentbehrliche Einnahme, die schmerzlich vermißt wird, wenn sie wegfällt. Es waren Leute, die mehr als 20 Jahre im Joche des Kapitalismus gehen, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer Kräfte sind, infolge der Betriebsunfälle weniger verdienen und nun auch noch die geringfügige staatliche Unterstützung verlieren. Wer den Sitzungen beiwohnt, der kommt zu der Ueberzeugung, daß das Wort: „Der Arbeiter ist bis ins Alter hinein vor Sorgen geschützt", nur wenig Geltung hat. Einige Sachen waren aus der Ziegelei-Berufsgenossenschaft, von denen wir folgenden interessanten Fall herausgreifen. Das Landesarmen- und Arbeitshaus in Schweidnitz läßt seine Häftlinge in der Vilsnitzer Ziegelei bei Breslau beschäftigen. Der geringe Lohn, den die freien Ziegeleiarbeiter erhalten, wird durch die Konkurrenz der Gefängnisse noch mehr gedrückt, aber daraus machen sich die Behörden nichts. Der Gefangenen-Aufseher Hielscher hat die Zwangszöglinge zu beaufsichtigen. Für die Beaufsichtigung zahlt die Ziegelei an die Arbeitshausverwaltung pro Tag 2,15 Mark und der Aufseher selbst erhält vom Besitzer außer freier Wohnung und Beheizung täglich 1,25 Mark. An einem Tage im Monat Oktober vorigen Jahres passierte in der Ziegelei ein Unfall. Es mußte ein Maschinenrad herbeigeschafft werden, das Rad drohte umzufallen und um es aufzuhalten, sprang der Aufseher hinzu, es war aber zu spät, es fiel dem Hielscher auf den rechten Fuß, der zerschmettert wurde. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er sechs Monate, von Oktober bis April, zubringen mußte. Der Verunglückte beanspruchte von der Ziegeleiberufsgenossenschaft Unfallrente, wurde aber mit seinem Anspruch zurückgewiesen, er beruhigte sich dabei nicht, und strengte Klage vor dem Schiedsgericht an. Die Berufsgenossenschaft steht auf dem Standpunkt, daß es sehr zweifelhaft sei, ob die Gefangenen, die in einem gewerblichen Betriebe beschäftigt werden, versicherungspflichtig sind, denn der Betriebsinhaber versichert die Leute nicht, aber auf keinen Fall sei ein Gefangenen-Aufseher als rentenberechtigt anzuerkennen, er sei ein königlicher Beamter und kein Arbeiter. Der Kläger dagegen behauptete, daß er doch gewissermaßen auch als Arbeiter zu betrachten sei, in einem solchen Betriebe habe der Aufseher die Strafgefangenen nicht bloß zu beaufsichtigen, er müsse sie auch anleiten, der Ziegelmeister könne sich nicht fortwährend mit ihnen beschäftigen. Hauptsächlich müßten die Neulinge angelernt werden, und da müsse auch der Aufseher mitunter zugreifen und mitarbeiten. Das Schiedsgericht schloß sich im wesentlichen der Ansicht der Berufsgenossenschaft an; wenn es auch nicht ausgeschlossen sei, daß ein Gefangenen-Aufseher versicherungspflichtiger Arbeiter sein kann, so ist er doch in der Regel davon ausgeschlossen. Der in Frage stehende Fall könnte als Ausnahme von der Regel nicht betrachtet werden. Der Kläger habe etwas aus freiem Antriebe getan, wobei er verunglückt ist. Der Rentenantrag wurde abgelehnt. Der Ziegeleibesitzer soll dem Kläger 200 Mk. als Schmerzensgeld gezahlt haben. — Es wurde alsdann die Klage eines Brauereiarbeiters namens Strecker verhandelt. Strecker war in Freiburg in der Stadtbrauerei beschäftigt. Er beanspruchte von der Brauerei-Berufsgenossenschaft Unfallrente, weil er sich im Betriebe verletzt habe, er sei mit dem Knie im Eiskeller an ein Stück Eis heftig angestoßen und das sei derartig angeschwollen, daß er lange Zeit im Krankenhause hat zubringen müssen. Nur ein Arzt, Dr. Thomalla in Freiburg, führt die Schwellung auf einen Unfall zurück und schätzt die Erwerbsbeschränkung auf 25 Prozent, die übrigen Begutachter behaupten, der Mann leide an Gelenkrheumatismus, den er sich in seinem Berufe zugezogen, und die Schwellung rühre davon her und habe mit einem Unfall nichts zu tun. Professor Parsch, der vom Schiedsgericht zur Begutachtung zugezogen worden ist, war anfänglich für die Rentenbewilligung, nach Einsichtnahme der Akten verneinte auch er das Vorhandensein eines Unfalles. Der Arbeiter wurde abgewiesen.

* **Unglücksfälle.** In das Krankenhaus der barmherzigen Brüder wurde schwer verletzt eingeliefert: ein Arbeiter aus Wirschkowitz, der in der Scheuer abgerutscht, auf eine Gabel gefallen war, und den linken Oberarm gebrochen hatte; ein Arbeiter vom Dominium Rux, der von einem Kollegen mit einem Messer in den Rücken gestochen worden war; ein Arbeiter aus Gunschwitz, der vom Wagen überfahren wurde und einen linken Beinbruch erlitt; ein Arbeiter von der Klosterstraße, der ausglitt und den rechten Fuß sich verstauchte; ein Arbeiter aus Tschansch, der in einen Graben fiel und einen Knöchelbruch erlitt; ein Bauergutsbesitzer aus Oels, der sich den rechten Fuß in eine Dreschmaschine eingequetscht hatte; ein Arbeiter aus Parchwitz, der von einer Leiter fiel, erlitt einen Schädelbruch und Rippenbrüche und starb am Tage der Einlieferung.

* **Von der Kleinbahn überrannt.** In Kapsdorf bei Hünern erfaßte eine Lokomotive der Triebnitzer Kleinbahn das Fuhrwerk des Stellenbesitzers Gustav Vogler aus Dambitsch. Während Vogler selbst durch den Anprall vom Wagen geschleudert, von der Lokomotive gefaßt und an der linken Körperseite schwer verletzt wurde, ist den übrigen Insassen des Gefährts nichts passiert; dagegen wurde eines der Pferde getötet.

* **Unfall.** Am 17. d. M. Nachmittags fiel auf dem Hintermarkt von einem Rollwagen ein großer Ballen herab und schlug eine Malersfrau zu Boden, die verschiedene Verletzungen erlitt.

* **Verirrt** angetroffen wurde am 19. d. M. Nachmittags auf der Paulstraße ein drei Jahre altes Mädchen, welches bei einem Vorkosthändler Schramm, Paulstraße 7, vorläufige Aufnahme fand.

* **Feuer.** Am 17. d. M. entstand in der Wohnung eines Filzschuhmachers auf der Vincenzstraße 22 durch Ueberkochen von Oel ein Feuer, welches Gardinen und andere Sachen erfaßte. Eine Frau trug bei den Löschversuchen Brandwunden davon.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 19. d. M. 36 Personen eingeliefert.

* **Gefunden** wurden: ein mit Perlen besetztes Handtäschchen, ein Sack mit Kartoffeln, eine weiße Kette mit drei Schlüsseln und ein Portemonnaie mit Inhalt.

* **Abhanden kamen:** eine Handtasche, eine goldene Damenuhr, ein schwarzer Damenschirm, eine Haaruhrkette und ein schwarzer Herrenhut.

* **Gestohlen** wurden: einem Mechaniker ein Fahrrad „Illmann", Striegau, einem auf der Kupferschmiedestraße eingeschlafenen Zimmergesellen ein Portemonnaie mit Inhalt, ferner eine Herren-Remontoiruhr Nr. 3309, graviert Felix Brückner-Dresden, aus einem Bodenraume auf der Gutenbergstraße mehrere Kleider, drei Blusen und eine Pelzboa, aus einem Stall auf der Gräbschenerstraße sieben Kaninchen.

Gestohlen wurden ferner: einem Uhrmacher in Deutsch-Lissa ein Fahrrad „Schlesien", einem Telegraphenboten von der Neuen Tauentzienstraße ein Fahrrad „Selekta", einer Witwe in einem Restaurant auf der Siebenhufenerstraße ein Portemonnaie mit 17 Mk.

* **Festgenommen** wurde ein Arbeiter, der aus einem Güterbahnhofe Bretter gestohlen hatte, sowie eine Frauensperson, die einem Monteur ein Portemonnaie mit 16 Mk. entwendet hatte.

Aus Schlesien und Posen.

Militsch, 21. August. Schwere Brandwunden. Schwer verbrannt ist die neunjährige Tochter des Zimmermanns Bartsch in Pomorske am offenen Herd beim Aepfelbraten. Sie starb nach Einlieferung im Krankenhause.

Lauterseiffen, 21. August. Verhaftung. Vorgestern wurde der wegen Sittlichkeitsverbrechen schon vorbestrafte Sägeschärfer B. von hier, nachdem der dringende Verdacht gegen ihn vorliegt, an der am Mittwoch früh in Nieder-Langneundorf tot aufgefundenen Kinderfrau Weipert, welche er am Dienstag aus dem dortigen Kretscham heimbegleitet hat, ein Sittlichkeitsverbrechen verübt zu haben, verhaftet.

Striegau, 20. August. Beim Spiel verunglückt. Als gestern Abend mehrere Kinder vor dem Gasthause „Fürst Blücher" auf einem Steinlager spielten, kamen mehrere Steine ins Rutschen und verschütteten die zehnjährige Tochter des Arbeiters Titze. Mit schweren Verletzungen wurde sie frei gemacht und mittels Tragbahre nach der elterlichen Behausung überführt.

Hoyerswerda, 21. August. Kulturaufgaben leiden nicht! Bei der am Donnerstage hierselbst abgehaltenen Kreis-Lehrerkonferenz wurde festgestellt, daß in diesem Kreise 50 Schulen mit 90 Lehrern und 6 Lehrerinnen vorhanden sind, die von einem Geistlichen als Kreisschulinspektor im Nebenamt beaufsichtigt werden. Die meisten Schulen sind Halbtagsschulen, darunter befinden sich 13 Schulen, in denen **mehr als 100 Kinder von einem Lehrer unterrichtet werden müssen.** Die 29 wendischen Schulen werden von 2263 wendisch sprechenden Kindern besucht, nur acht Lehrer sind der wendischen Sprache mächtig. — Für alles andere wird das Geld der Steuerzahler in großen Mengen verpulvert, nur für die geistige Ausbildung der Jugend hat man nichts übrig.

Boberröhrsdorf, 20. August. Brandstiftung. Gestern gegen ½11 Uhr Abends brannte die dem Stellenbesitzer Emil Stelzer gehörige Wirtschaft nieder. In der Scheune, die sich mit dem Wohnhaus unter einem Dache befindet, fand das Feuer in den Heu- und Getreidevorräten reiche Nahrung. Das Feuer war fast größer als bei dem Brande des Dominiums. Obwohl der Besitzer versichert ist, trifft ihn doch ein harter Verlust. Gerettet konnte nur wenig werden, da das alte Gebäude mit Stroh gedeckt war und größtenteils aus Holzfachwerk bestand. Es liegt unzweifelhaft böswillige Brandstiftung vor. Als der Tat dringend verdächtig ist der Barbier Wilhelm Leder, welcher dem Trunke ergeben ist, noch an demselben Abend verhaftet worden; er ist nach dem Hirschberger Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Man glaubt, daß er auch den Brand auf dem Dominium angelegt hat. Er ist beim Anlegen des Feuers ertappt und erkannt worden.

Tarnowitz, 20. August. Die echten Pocken in Oberschlesien. Ein Fall von echten Pocken kam in der Familie Tomczyk auf der Karlshofer Straße vor. Seitens der Medizinalbehörde sind umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Gleiwitz, 20. August. Auf dem Pferde vom Schlage getroffen. Der hierselbst stationierte Gendarmerie-Oberwachtmeister Czaike ist auf dem Pferde vom Schlage getroffen worden. Er ritt die Breslauer Straße entlang, als das Unglück ihn traf. Trotzdem der Beamte anscheinend sofort bewußtlos war, stürzte er nicht vom Pferde. Man sah ihm nichts an, nur schwankte die Gestalt hin und her. So ging das Pferd allein bis zur Bahnhofstraße. Hier fiel der Oberwachtmeister einem Beamten auf. Dieser hielt das Pferd an und konstatierte, daß Czaike bewußtlos auf dem Tiere saß. In einem Wagen wurde der Schwerkranke nach seiner Wohnung geschafft.

Grätz, 20. August. Aufgefundene Leiche. Vorgestern ist auf der Feldmark Granowo, unweit der Chaussee, unter einem Roggenschober des Wirts Jedrzejewski die Leiche eines unbekannten alten Mannes gefunden worden. Unter seinem Körper fand man zwei Tabakpfeifen, eine kleine Schachtel Zigaretten und einen Briefumschlag mit der Adresse August Günther-Eichhorst. Der Kleidung nach gehörte der Mann dem Arbeiterstande an.